

empfangen mußte durch die Notstandsmaßnahmen aus öffentlichen Mitteln geholt werden.

Die Herren Versicherungsmathematiker haben alles verstanden und nichts hinzugelehrt. Obwohl der Gesetzgeber aus den vorerwähnten Gründen die gesetzlichen Vorschriften über das Anwartschaftsbedingungsverfahren streichen mußte, weil sie sinnlos geworden waren, sind für die Angestelltenversicherung die beiden Versicherungstechnischen Bilanzen nach diesen Grundsätzen aufgestellt worden. Vergleicht man sie miteinander, dann stimmt man über den Mut, mit dem hier sichere Wahrheiten verkündet werden.

Der Stichtag der ersten Versicherungstechnischen Bilanz war der 1. Januar 1928. Den Bilanzrechnungen wurden 2 475 554 Versicherte zugrunde gelegt; es wurde angenommen, daß die Zahl der Versicherten sich vom 1. Januar 1928 nicht mehr vergrößert. Die Bilanzkünstler warfen allerdings auch einen lächerlichen und errechneten mit mathematischer Sicherheit, daß bei Annahme des gleichen Zugangs an Versicherten der Beharrungszustand im Jahre 1963 mit 3 346 608 Versicherten erreicht wird. Von diesem Ergebnis waren sie so erschreckt, daß sie ein solches starkes Anwachsen in das Reich der Phantasie verwiesen. Doch, o Schreck, die Wirklichkeit übertraf diese Phantasie; was nach Meinung der Versicherungsmathematiker bei 1933 nicht erreicht werden kann, ist inzwischen Tatsache geworden.

Das gleiche Mißgeschick pöflerte den Mathematikern bei der Einnahmen aus Beiträgen und Zinsen, die man mit mathematischer Sicherheit bis 1900 ausgerechnet hatte. Endergebnis dieser Rechenkünste: ein Versicherungstechnischer Reibebetrag von 3 Milliarden 645 Millionen Mark. Die Reibemathematiker waren von der Richtigkeit ihrer Berechnungen so felsenfest überzeugt, daß sie erklärten:

„Die außerordentliche Höhe der Ausgaben, die vom Jahre 1931 an bereits im Laufe zweier Jahre mehr als eine Milliarde ausmachen, läßt keine Hoffnung aufkommen, daß bessere Verhältnisse, wie ein günstigeres Ergebnis der Aufwertung oder eine günstigere Verzinsung, den Verfall auch nur um wenige Jahre aufzuschieben vermöchten.“

Zu diesem hoffnungslosen Zustand machten sie dann die zweite Versicherungstechnische Bilanz mit dem 1. Januar 1928 als Stichtag. Wir nehmen das Endergebnis vorweg, weil es zeigt, wie man sich in zwei Jahren bessern kann. Der Fehlbetrag verminderte sich um rund 2 Milliarden Mark, es blieb nur noch ein solcher von 1 Milliarde 672 Millionen. Das ist immerhin ein kleiner Fortschritt. Und wie erklärt man sich diesen Zwiespalt der Natur? Die Zahl der Versicherten hat sich erhöht, es ist sogar eine Verjüngung des Versichertenbestandes eingetreten, auch die durchschnittliche Beitragsleistung ist höher geworden.

Wer da meint, daß die Mathematiker aus solchen Erfahrungen etwas gelernt hätten, stellt zu hohe Anforderungen. Gegenüber der ersten Bilanz ist zwar die Zahl der Versicherten um 436 000 gestiegen, aber jetzt ist nach Auffassung der Mathematiker endgültig Schluss damit. Das wird wiederum mathematisch bewiesen. Selber hat sich die Wirklichkeit wieder mal nicht danach gerichtet, die Zahl der Versicherten ist wieder um 400 000 gestiegen.

Die Reibemathematiker haben errechnet, daß im Jahre 1998 die Einnahme an Beiträgen 307 850 000 M. betragen wird. Der Voranschlag für 1929 sieht bereits 40 Millionen Mark mehr vor. Nach den Berechnungen der Versicherungsmathematiker steht es auch fest, daß die Angestellten in den nächsten 70 Jahren keine Gehaltserhöhung mehr bekommen. Ebenso gewiß ist es, daß 1930 der Zinsfuß auf 6 Proz. stehen wird, daß er 1932 nur noch 3 Proz. beträgt, 1942 auf 4½ Proz. gefallen ist und von 1952 an auf 4 Proz. stehen bleibt. Jetzt ist jeder in der Lage, richtig zu kalkulieren. Man muß sich nur an die richtige Adresse wenden.

Man muß den Versicherungsmathematikern dankbar sein, daß sie uns statt Ausbau der Leistungen eine Erhöhung der Beiträge um 25,54 Proz. empfehlen. Damit nimmt nämlich ihre Rechnung. Tun wir das nicht, unter Bericht auf jeden Ausbau der Leistungen, dann hat die Angestelltenversicherung im Jahre 1935 erst ein Vermögen von 4½ Milliarden Mark und 1978 ist es aus mit der Herrschaft. Korrekturen durch soziale Entwicklung werden nach Abschluß der geplanten Berichtigungen an der letzten Bilanz nicht mehr entgegengenommen.

Im Ernst gesprochen: was sich hier als Versicherungsmathematik aufstellt, ist in Wahrheit fauler Zauber. Wer so daneben haut, hat den Anspruch verwirkt, noch ernst genommen zu werden. Trotz aller Versicherungsmathematik ist der Ausbau der Angestelltenversicherung sehr wohl möglich.

Die Erweiterung der Unfallversicherung.

In der neuesten Nummer des Reichsgesetzblattes ist u. a. auch das dritte Gesetz über Veränderung in der Unfallversicherung veröffentlicht. Unfallschutz genießt danach in Zukunft auch der Dienst bei der Feuerwehr, den Rettungseinrichtungen und den sogenannten Bach- und Schließgesellschaften, in der Krankenfürsorge und Wohlfahrtspflege, in Laboratorien und Künstenbetrieben, bei den Bühnen im weitesten Sinne und beim Tischspiel, ferner die Bedienung der Gasse in schon versicherten Gast- und Schankwirtschaften, der hausmännliche und verwaltende Teil eines Unternehmens, soweit er als Zubehör eines versicherungstechnischen Betriebes gilt. Versicherungsfreiheit tritt dort ein, wo ohnehin schon lebenslängliche Versorgung oder gleichwertige Unfallfürsorge gewährleistet ist.

Für die Feuerwehr und den Rettungsdienst wird die Versicherung von den Ländern, Gemeinden oder öffentlichen Feuer- und Rettungsdienst durchgeföhrt. Der Gesundheitsdienst und die Wohlfahrtspflege erhalten eine besondere Berufsgenossenschaft; jedoch können größere Gemeinden und Gemeindeverbände die Betriebe, die auf ihre Rechnung gehen, in Eigenversicherung nehmen. Die Entscheidung wird so gezogen, als ob das Gesetz schon am 1. Juli 1928 in Kraft getreten wäre.

Domestische Idole. In dem vorpommerschen Dorfe Grambin (Kreis Uckermark) hat sich folgendes abgespielt: Vor einiger Zeit war der Besitzer Wilke aus Grambin wegen Beteiligung des damaligen sozialdemokratischen Landrats Storch zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Als eine Kopie der Gemeindefassung ergab, sind die Kosten dieses Urteils in Höhe von 40,71 M auf Beschluß der Gemeindevertretung aus der Gemeindefassung gezahlt worden, und zwar durch den Gemeindeführer. Eine rechtsprechende Gemeinde finanziert aus öffentlichen Steuergeldern die Bezahlung von Staatsbeamten! Deutschnationale „Staatsgeföhrung“!

Reaktion in Südflawien.

Kein Armutzeugnis für Arbeiter!

Eine Delegation des südflawischen Finanzministeriums hat angeordnet, daß Armutzeugnisse an solche nicht mehr auszustellen sind, die mehr als 10 Dinar jährlich (75 deutsche Reichspennige) direkte Steuer einschließlich Lohnsteuer zahlen. Das heißt, daß kein Arbeiter fernerhin das Armenrecht vor Gericht oder Schulgelddirektion für sein Kind erlangen kann. Dabei sind die Löhne in Südflawien, wie schon diese Steuergrenzziehung beweist, jämmerlich niedrig.

Der Staatsvoranschlag der Regierung, die der slowenische Minister Dr. Koroljeh leitet, ist um 380 Millionen Dinar höher als im Vorjahr. Für den staatlichen Apparat — Verwaltung, Gendarmerie, Militär, Kirche und Pensionen — werden 58,23 Proz. ausgegeben, für Sozialpolitik 0,43 Proz., Agrarreform 0,39 Proz., Volksgesundheit 2,24 Proz.

Welches Elend verbirgt sich hinter diesen paar Zahlen und was sagen sie über die Mißwirtschaft in jenen Ländern aus!

Friedensruf nach Mazedonien.

Paris, 27. Dezember. (Eigenbericht.)

Die radikale „Bazonja“ antwortet in ihrer Wochenzeitschrift auf einen Aufruf führender französischer Schriftsteller und Linksparlamentarier, in dem auf das Treiben der mazedonischen Komitatistis hingewiesen wird. Die bulgarische Regierung trete dem nicht entgegen, da ihre Mitglieder selbst einer der beiden sich häufig bekämpfenden politischen Parteien angehören. Von 1923 bis 1928 seien dem weißen Terror in Bulgarien 23 000 Menschen zum Opfer gefallen. Die eine der

beiden Gruppen werde vom König, dem General Vokoff und Ministerpräsident Djaptschew geführt, die andere von General Koussch. Die Unterzeichner des Aufrufs erheben Protest gegen die gegenseitigen Verfolgungen und Morde, deren Schauplatz Bulgarien heute sei. Sie fordern eine internationale Enquete zur Vorbereitung einer gerechten Lösung der mazedonischen Frage.

Kriegsschiffe auf Balkanseen.

Gepanzerte Motor-Patrolboote hat Südflawien auf den Seen Ohrida und Prespa in Betrieb gestellt, da Albanien Teilhaber dieser Seen ist und Bandeneinfälle nach Serbisch-Mazedonien übers Wasser erfolgt sein sollen. Natürlich werden albanische, italienische, Gegenrüstungen nicht lange ausbleiben.

Ein Polizeispiegel.

Wien, 27. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Polizeibeamte Grauer wurde am Mittwoch in einem Agrarmer Café niedergeschossen. Das „N. W. Abendbl.“ berichtet dazu, daß Grauer seinerzeit auch in Wien war, wo er im Auftrag des jugoslawischen Gesandten die oppositionellen jugoslawischen Abgeordneten überwachte, die sich in Wien aufhielten, besonders auch Stephan Raditsch. Dabei kam es zu einer Standoffäre, weil Grauer in das Hotelzimmer Raditschs eingedrungen war, wo er Briefe suchte, um sie zu kopieren. 1919 wurde Grauer in Kragin wegen eines gemeinen Verbrechens bestraft und seine Photographie in das Verbrecheralbum aufgenommen. 1926 war er in eine Mädchenhandelsaffäre verwickelt. Von weiß von Grauer weiter, daß er ein krupelhafter Fälscher von Nachrichten und Dokumenten ist.

Aufstand in Arabien.

Gegen Ibn Saud.

Wien, 27. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Offensiv Ibn Sauds gegen die Aufstandsbeziehung in den verschiedenen Teilen des Hedschas und des Redsch ist sowohl nach Nordosten wie nach Süden hin gerichtet. Obwohl seine Gegner den Kampf aus verschiedenen Motiven begannen haben und verschiedenen Lagern angehören, scheint es, als ob zwischen ihnen ein inneres Einverständnis besteht und die Aktion von einer Stelle geleitet wird, um die Kräfte Ibn Sauds zu zerstückeln.

Gegen die Führer der aufständischen Wahabitenstämme Faisal al Derwish und Sultan Eddin hat Ibn Saud seine beiden Söhne mit einem Teil seiner europäisch ausgerüsteten Truppen zu Felde geschickt. Die Wahabitenstämme beschuldigen den Sultan des Verrats an der wahabischen Sache und der Unheil im Kampf gegen die Beherrscher der sunnitischen Mohammedaner. In Wirklichkeit spielen hierbei Einflüsse von außen her, insbesondere die Propaganda der vor dem Terror Ibn Sauds aus dem Hedschas geflüchteten und des Ex-Scheichs von Reffa, Hussein, eine wichtige Rolle. Ibn Saud versucht, mit der Hilfe seines Heeres von den fortschrittlichen Elementen des Landes geleiteten Bewegung Herr zu werden, die gegen seine reaktionäre Politik rennen.

Angesichts der Notwendigkeit, einen Zweifrontenkrieg zu führen, ist die Situation Ibn Sauds nicht gerade sehr günstig. Wenn er auch militärisch stärker ist als seine Gegner, so ist deren numerisches Übergewicht doch so beträchtlich, daß der Ausgang des Kampfes um die Macht in Arabien ohne eine aus-

gesprochene Stellungnahme Englands für die eine oder andere Partei ungewiß bleibt.

Englisches Bombenflugzeug abgestürzt.

London, 27. Dezember. (Eigenbericht.)

In der Nähe von Charium (Ägypten) ist ein britisches Bombenflugzeug abgestürzt. Die Insassen, zwei Offiziere und ein Sergeant, sind tot. Damit steigt die Zahl der Flugzeugunfälle mit tödlichem Ausgang in der britischen Fliegertruppe für 1928 auf nicht weniger als 70.

Kältefrieden in Afghanistan.

Zugeständnisse an die Gläubigen.

Konstantinopel, 27. Dezember.

Wie aus Kabul gemeldet wird, macht der strenge Frost weitere Kämpfe in Afghanistan völlig unmöglich; der König habe einen Aufbruch erlassen, in dem er eine Politik des Friedens sowie Zugeständnisse an die religiösen Gemeinschaften ankündigt und Unterwerfung gegen die Aufständischen verlangt. Zwischen seiner Mutter und Vertretern der religiösen Gemeinschaften sei in Kandahar ein Abkommen erzielt worden. Der Obermullah soll beschworen haben, die Aufständischen zur Einstellung des Kampfes gegen die Regierungstruppen aufzufordern.

Troiski im Kurort.

Wegen Maria nach Südrussland verschickt.

Das Reichsorgan der „linken Kommunisten“, der „Volkswille“, will aus Moskau erfahren haben, daß Troiski wegen seiner schweren Maria-Erkrankung aus seinem Verbannungsaufenthalt nach einem Kurort in Südrussland verschickt wird, wo er sich erholen soll.

Diese neue Verschickung soll auf direkte Veranlassung Stalins erfolgen, und man sieht in russischen kommunistischen Kreisen darin eine Bestätigung für die Vermutung, daß Stalin neuerdings sich wieder Troiski und seinen Anhängern nähern möchte.

Da der „Volkswille“ sich wieder über die inneren Verhältnisse der russischen kommunistischen Partei in der Regel besser informiert zeigte als die thönmännliche „Fahne“, so dürften auch diese Mitteilungen über das Schicksal Troiskis einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich haben.

Litwinow junior klagt Moskau an.

Enthaltungen oder Buß?

Paris, 27. Dezember. (Eigenbericht.)

Die auf eine Klage der russischen Handelsvertretung kürzlich in Paris wegen Ausgabe falscher Wechsel erfolgte Festnahme des Bruders des russischen Volkskommunars Litwinow scheint nun einen politischen Stempel nach sich zu ziehen. Litwinow jun. hat, wie ein in Paris erscheinendes Emigrantentblatt zu berichten weiß, der Polizei eine lange Denkschrift überreicht, in der er nicht nur seine Unschuld zu erweisen versucht, sondern auch die Sowjets schwer belastet. Nach Litwinow ist die Methode der sogenannten „Beschleiferer“ bei den Sowjetstellen seit langem üblich. So habe er, Litwinow, im Januar 1926 von dem Leiter der Moskauer Propagandazentrale den Auftrag zur Disziplinierung einer Reihe von Beschleifern erhalten. Die erhaltenen Summen waren zur Unterstützung der kommunistischen Propaganda in Marokko und Algerien bestimmt. Ein anderes Mal erhielt er nach seinen Darlegungen vom Außenhandelskommissariat direkt den Auftrag zur Ueberweisung einer halben Million Rubel an die Komintern, die dann auf Anweisung Tschichewins nach England und Frankreich geschickt wurden.

Litwinow erklärt schließlich seine Festnahme als einen von Tschichewin gegen seinen Bruder und ihn geföhrtenschlag. Zwischen Litwinow und Tschichewin bestehe seit

langem ein heftiger Gegensatz, da Litwinow sich immer den von Tschichewin beliebten illegalen Methoden der Tscheta widersetzt habe (?).

2000 deportiert.

Die neueste Schwindelmeldung über Georgien.

Die sowjetrussische Meldung über die Ausbedung einer menschenwüßigen militärischen Organisation zu Tiflis ist nur ein üblicher kommunistischer Schwindel. Die Genossen Pirchajaischwill und Bordeli, die als Leiter dieser angeblichen Organisation genannt werden, sind seit einem ganzen bzw. halben Jahr verhaftet. Die beiden Genossen sind die Führer der sozialdemokratischen Jugendorganisation und hatten lediglich aufklärende Parteiorbeit geleistet, weshalb auch die Verbindung zwischen der in Georgien illegal arbeitenden sozialdemokratischen Partei bzw. Jugendorganisation und ihren Auslandsvertretungen aufrechterhalten werden sollte. Das ganze Gerücht von „militärischen Geheimnissen“ des Sowjetimperiums oder gar von ihrer Uebermittlung an die Militärstellen der fremden Mächte ist nur eine infame Lüge. Sie hat zum Zweck der Rechtfertigung der neuerdings wieder unerhörte verführten Repressalien gegen die georgische Sozialdemokratie (2000 Deportierungen!). Jedes angebliche Geständnis der verhafteten Genossen, falls es überhaupt vorhanden ist, kann nur durch die barbarischen und raffinierten Foltermethoden der Tscheta erprecht worden sein.

Zuviel Intellektuelle in Japan.

Die Regierung fürchtet deren revolutionären Einfluß.

Tokio, im Dezember. (Eigenbericht.)

Die Ueberproduktion Japans an Intellektuellen droht sich zu einer schweren sozialen Gefahr zu entwickeln. Nach einer vom Ministerium des Innern veröffentlichten Statistik steigert sich die Zahl von Personen mit höherer Schulbildung, die in Staat und Privatbetrieben kein Unterkommen gefunden haben, von Jahr zu Jahr. Im letzten Schuljahr haben von 17 171 Absolventen höherer Lehranstalten nur 900 Beschäftigung erhalten. Die Regierung sucht dringend nach Mitteln zur Abhilfe, da sie in den sogenannten „intellektuellen Herumlungern“ den Generalstab der revolutionären Bewegung sieht. Sie erwägt augenblicklich den Plan, dem sprunghaftem Wachstum von höheren Schulen durch gesetzliche Beschränkungen ein Ende zu machen und außerdem durch eine Propaganda die Bevölkerung auf die wirtschaftlichen Gefahren der höheren Bildung hinzuweisen.

Verbrechen in einer Obstplantage.

Ein ungeklärter Leichenfund bei Werder.

Nach der bisher noch ganz ungeklärten Ermordung des Malers Professor Kurz in Werder wurde gestern die Mordkommission der Berliner Kriminalpolizei erneut nach Werder gerufen.

An der großen Magdeburger Chaussee zwischen dem Dorf Bicklin und der dazugehörigen Kolonie gleichen Namens liegen Obstplantagen, von denen eine dem Besitzer Hübner gehört. Hübner betrat seine Besitzung gestern mittag in der zwölften Stunde und erlöste gleich am Eingang, wo ein Gerätehäuschen steht, eine Wäse, einen Stiefel und eine Brille mit einem Glas. Zunächst glaubte er, daß diese Sachen durch einen Zufall auf sein Grundstück geworfen worden seien und schritt weiter durch die Blausage nach einem entgegengesetzten Winkel, der etwa 250 Meter vom Eingang entfernt ist. Hier entdeckte er auf dem Erdboden liegend die Leiche eines Mannes. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Potsdam erschienen aus Berlin die Kriminalkommissare Dr. Anuschat und Dusch mit ihren Beamten am Fundort. Der Tote lag unter Apfelbäumen auf dem Rücken. Sein Kopf war in einen blaugelben früheren Militärmantel eingehüllt. Die Leiche trug nur noch einen Stiefel, wahrscheinlich gehört also der am Eingang gefundene dazu. Neben dem Toten entdeckte man eine leere Geldbörse, die erst wenig abgenutzt ist. Die Kleidung des Toten ist zwar ärmlich, aber von gutem Stoff und sauber gehalten. Er trug dunkles Jackett, Weste und gestreifte Hose, derbe Wollsocken, wollenes Unterzeug und schwarze Socken und braune feste Halbschuhe. Sein Alter schätzte man auf etwa 45—50 Jahre. Der Haarwuchs ist spärlich, der Hinterkopf kahlos. Die Hände des Mannes sind zwar ungepflegt, doch macht es nicht den Eindruck, daß er ein schwerer Arbeiter gewesen sei. Man hat eher den Eindruck, daß er ein leichteres Handwerk, vielleicht die Schneiderei, betrieben hat. In der Tasche des Mannes fanden sich verschiedene Gegenstände, die zur Feststellung der Persönlichkeit führen könnten, hatte er nicht bei sich. Die vorläufige Besichtigung der Leiche förderte keine Verletzung oder eine Wunde zutage.

Die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei sind noch im Gange. Die Leiche wird zur Feststellung der Todesursache obduziert werden.

Rätsel um den Dreizehnjährigen.

Niemand kann den Selbstmord erklären.

Der Selbstmord des dreizehnjährigen Quinners Holzer Schulte, der sich am Weihnachtshelgenabend bei den Pflegsleuten in der Gültersstraße erhängte, hat, wie bereits ausführlich mitgeteilt, zu allerhand falschen Gerüchten Veranlassung gegeben. Auch die Kriminalpolizei hat sich mit dem tragischen Vorfall beschäftigt.

Der junge Schulte war in Rem Dorff geboren und verlor seine Eltern bereits, als er erst zwei Jahre alt war. Seitdem befand er sich bei seiner Tante, die später in Berlin den Versicherungs-mathematiker Dr. Rose heiratete. Es ist festgestellt, daß die Pflegsleuten dem Jungen sehr lieb hatten und alles für seine Erziehung taten. Auch er hing sehr an seinem Pflegsleuten. In der Schule, zunächst in Friedenau und dann im Paulsen-Realschule in Steglitz, ließ der Junge einmal etwas nach. Dr. Rose ließ ihm deshalb Nachhilfenstunden geben. In der Schule ist dem Buben nach nichts passiert, was den Jungen dahin bringen konnte, Hand an sich zu legen. Ebenfalls im Elternhause. Das Ehepaar Rose hatte zur Besorgung reichlich eingekauft. Weil der Junge mustersmäßig vorangetrieben war, hatte ihm Dr. Rose über das

Weihnachtsgeschenk hinaus auch noch ein Kaviar versprochen. Am Heiligabend half der dreizehnjährige Junge den Pflegsleuten beim Ausputzen des Weihnachtsbaumes. Dann ging er in sein Zimmer, um den Ruf zur Bescherung abzuwarten. Um 6 Uhr riefen Dr. Rose und seine Frau Volker in das Zimmer, in dem der Weihnachtsbaum mit den Geschenken aufgebaut war. Als keine Antwort erfolgte, gingen sie selbst hinauf und fanden das unglückliche Kind erhängt auf. Der Junge hatte einen Indianergürtel am Gendroht der eisernen Bettstelle befestigt, den Kopf in die Schlinge gesteckt und sich so erhängt.

Was den Jungen in den Tod getrieben hat, ist völlig rätselhaft. Man rechnete zunächst mit der Möglichkeit eines Unglücksfalls beim Spielen; aber auch das erschien nach näherer Untersuchung ausgeschlossen.

Erfolgreichstes Ausstellungsjahr!

10 Veranstaltungen am Kaiserdamm und 2250000 Besucher

Das Jahr 1928 war für das Ausstellungs- und Messewesen der Reichshauptstadt das erfolgreichste Jahr seit der Begründung des Berliner Messeamtes. Es haben in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm nicht weniger als zehn Veranstaltungen mit rund 4000 Ausstellern aus Industrie und Handel und etwas mehr als 24 Millionen Besuchern stattgefunden. Darunter die große 100-Tage-Sommermesse „Die Ernährung“ ein ganz starker Erfolg, so brachten erst recht sämtliche, unter dem Sammelnamen „Herbst der Technik“ zusammengefaßten Herbstveranstaltungen Verkaufserfolge und Besucherziffern, die die Beteiligten in hohem Maße befriedigten.

Das Ausstellungsprogramm der Reichshauptstadt für das Jahr 1929 verspricht nicht weniger inhaltreich und erfolgreich zu werden. Schon der Januar bringt die zu einer ständigen Einrichtung gewordene große landwirtschaftliche Ausstellung und Messe 4. „Grüne Woche Berlin“ 1929 in der Zeit vom 26. Januar bis zum 3. Februar. Im Rahmen dieser Schau findet die unter dem Protektorat des Reichspräsidenten von Hindenburg stehende große Deutsche Jagdausstellung vom 26. Januar bis 10. Februar statt. In enger Verbindung hierzu wird die Internationale Schießsportausstellung mit bedeutenden internationalen sportlichen Konkurrenzren, an denen u. a. England, Dänemark, Schweden, Südafrika usw. beteiligt sind, veranstaltet. Unter den Sonderausstellungen der räumlich bedeutend ausgedehnten „Grünen Woche“ sind zu nennen: Landwirtschaftliche Selbsthilfe, die Milch, Ernährung der Pflanzen, Geflügelzucht, Landwirtschaftliche Maschinen, Gartenbau, Ziergarten, Seebau, Schutts des Waldes als Wirtschaftsgut usw. Infolge der 4. „Grünen Woche Berlin 1929“ mit ihren Sonderausstellungen eine Gesamtbesucherzahl von 4200000 zu erwarten. Das Protektorat über die Ausstellung haben der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dietrich und der Preussische Staatsminister für Landwirtschaft, Dampfen und Forsten Dr. h. c. Steiger übernommen.

Nordamerikanische Bisen.

Nach einer dem Norddeutschen Lloyd in Bremen zugegangenen Mitteilung werden die Neucummissionen für nordamerikanische Bisen wahrscheinlich zu Beginn des nächsten Jahres von sämtlichen amerikanischen Konsulaten in Deutschland empfangenommen. Auch ist schon jetzt bekannt geworden, daß die bisher üblichen Anmeldeformulare nicht mehr benutzt werden dürfen, sondern durch neue ersetzt werden sollen. Auswanderungs-

lustigen, die die Absicht haben, sich nach der Wiedereröffnung der Barteilste bei den amerikanischen Konsulaten in den verschiedenen deutschen Städten anzumelden, werden alle Auskünfte vom Norddeutschen Lloyd und seinen Vertretungen bereitwillig und kostenlos erteilt.

Mehr Ausländer — weniger Inländer.

Berlins Fremdenverkehrsbilanz.

Die Berliner Industrie- und Handelskammer beschäftigt sich in ihrem soeben erschienenen Jahresbericht für 1928 auch mit der Entwicklung des Fremdenverkehrs in dem jetzt zu Ende gehenden Jahre. Wenn auch zur Zeit der Abfassung des Berichtes nur die Ergebnisse der ersten zehn Monate, also vom Januar bis zum Oktober 1928, vorliegen, so schätzte doch die Kammer auf Grund der Fachauschussberichte die Gesamtzahl der angekommenen Gastgäste auf 1700000 und die wirtschaftlich entscheidende Zahl der Uebernachtungen in Berliner Hotels und Gasthöfen auf rund 3740000. Die Quote des Uebernachtungsdurchschnitts hat erfreulicherweise gegen 1927 etwas zugenommen, sie beträgt jetzt 2,2 gegen 2,1. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Ausländer im Durchschnitt länger als der Inländer verweilt, nämlich drei Tage. Im allgemeinen stellt die Kammer an Hand der statistischen Ergebnisse fest, daß der Besuch der Inländer gegen das Vorjahr zurückgegangen ist, dagegen der Ausländerbesuch stieg. Im Juni waren z. B. 8136 Inländer weniger und 2765 Ausländer mehr in Berlin. Die Gesamtergebnisse der ersten zehn Monate betragen: 1417172 für 1928 und 1460519 für 1927. In dieser Zeit waren 78452 Inländer weniger und 30045 Ausländer mehr als im Vorjahre in der Reichshauptstadt. Allerdings dürfte hier das Gesamtergebnis noch einige Korrekturen bringen.

Berliner Verbrecher gefaßt.

In der Tschechoslowakei.

In Rajchau in der Tschechoslowakei ist der mehrfache Mörder Billy Heißweibel aus Bromberg, der in den Jahren 1923 bis 1927 in Deutschland verschiednen Verbrechen verübt hat und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden war, verhaftet worden. In seiner Begleitung befand sich ein Mann, dessen Papiere auf einen Arbeiter Görtz aus Hindenburg lauten. Die Auslieferung Heißweibels steht bevor.

Der Verbrecher, hinter dem ein Steckbrief erlassen war, hatte in Berlin im Jahre 1923 nach einem Einbruchversuch einen ihn verfolgenden Polizeibeamten tödlich verwundet. Im Frühjahr dieses Jahres war er aus der Anstalt in Halle entwichen. Nach seiner Flucht beging er sofort eine Reihe neuer Blutschand. Am 28. Mai überfiel er bei Stettin den Versicherungsbeamten Friß Bassow, als dieser mit seiner Braut spazieren ging, und erschoss und beraubte ihn. Kurz vorher hatte er an dem gleichen Ort ein anderes Paar überfallen. Der Mörder fuhr bald darauf nach Straßburg, wo er einen Juwelier überfiel und diesem 1500 Mark in bar, verschiednen goldenen Taschenuhren und wertvollen Ringe raubte. Der Mörder hat sich nach seinen Angaben jetzt in der Nähe von Rostock aufgehalten, wo er den jetzt zu ihm ergriffenen Arbeiter Görtz traf. Beide hatten ohne Paß die tschechoslowakische Grenze überschritten und waren wegen unbefugtem Grenzübertritt zu fünf Tagen Arrest verurteilt worden. Die sofort angestellten weiteren Ermittlungen führten zu der Entdeckung des unter falschem Namen aufgetretenen Verbrechers.

Die Gerichten der weihnachtlichen Genüsse schildert sehr unterrichtend und auch unterhaltsam ein Beitrag von Dr. Moosbacher, betitelt: „Gesundheitsabgüsse in den Frierlagen“, der in der neuesten Nummer der „Gesundheit“, Zeitschrift für gesündliche Lebensführung des berühmten Volkes (Berlin-Charlottenburg 1), soeben erschienen ist. Herausgeber Dr. Leo Blumenthal

63 Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Brinck.

Copyright 1927 by J. M. Späth Verlag, Berlin.

Ich gehe fort auf die Straße. Gegenüber liegt ein langes Gebäude mit flachem Dach, an dem ein zerbrochener Stuhl lehnt, mit drei Beinen aufwärts, vielleicht die einzige Beize, ihn zum Stehen zu bringen. Ich gelange ins Haus, es ist die Unterkunft für die Ordnonanzen, ehemals der Schulraum des Dorfes. Im Hintergrunde erhebt sich als einziges Möbel ein mächtiges Kuhl, darauf eine schmale schwarze Tischplatte mit zerbrochenem Hals. Neben dem Kuhl am Fenster aber sitzen drei Soldaten im Stroh, Kochgeschirre neben sich, offenbar Ordnonanzen.

Sie spielen Stat, und ich sehe mich zu ihnen. Der eine, ein junger Mensch mit breiten Kinnbacken und zurückspringendem Kinn, hält den Hals steif und bewegt nur die Augen von seinen Karten zu seinen beiden Gegnern und zurück, denn er hat ein Furunkel im Nacken. Ein vier-eckiges weißes Pflaster bedeckt es, ebenfalls wie eine Blume. Er ist ein Draufgänger und scheint im Vorteil.

Der zweite, ruhig, rothbäckig und mit dem Eisernen Kreuzband im Knopfloch, rollt eine erlöschene Zigarre zwischen den Lippen und spielt mit Bedacht.

„Was, Hessele, hast keine Leichenreden.“ ermuntert der Steifnackige den dritten.

Hessele aber befindet sich noch, murmelt unverständliche Worte und berührt abwechselnd zwei Karten. Er ist ein kleiner dürrer Mann, barlos, mit einem Dugendgeschicht. Endlich entschließt er sich, wählt das Mittel und wirft eine Dame aus. Der Dekorierete legt eine Reue bei, der mit dem Furunkel haut einen König drauf und schreit:

„So spielt man zu Rapa!“

Alle Stiche streicht er ein, und jeden schmückt er mit einem Ausruf.

„Auf der Hochzeit ein Mädchen! — Da ging es hoch her! — Und nochmal hoch her! — Und nochmal hoch her! — 72, danke, du gibst.“

Der Dekorierete zieht 8 Wiennige hin und gibt. Hessele murmelt: „Wenn ich gewußt hätte, daß die Reue noch saft!“ und lächelt den Steifnackigen an. Dieser dreht den ganzen

Oberkörper zu mir her und blinzelt verächtlich, als ob er mir jagen wolle: Ich grins die Gegend an...

„Worauf ich denke: Was ist bloß dein Kinn, mein Vieber! — und er die neuen Karten ergreift.“

Ein anderes Spiel beginnt. Der Steifnackige schneidet einen Hauptschlag vorzubereiten, denn er schnippt mit den Fingern und redet drohend seine Karten an:

„Was tut da ein schneidiger M.-S.-Schühe? Was tut da der Richtschühe vom 1. Gewehr?“

Ich denke mir: er wird es wagen — aber nein, er paßt. Der Dekorierete bekommt das Spiel und beginnt es sachlich und ohne Ueberhebung, wobei er den Zigarrenstummel zwischen seinen spritzigen Lippen emporrichtet. Hessele bringt sein Spruchlein bei und flüstert:

„Nur ein Scherstein der Witwe!“ Er legt Bique-Dame hin.

„Nur ein Scherstein der Witwe!“ und er legt Bique-König hin. Die Witwe ist nicht so ohne, aber sie wird ausgeplündert bis aufs Korsett. Der Steifnackige rafft ein paar lastige Stiche beiseite und entscheidet:

„Ist es nicht dieser — ist es doch jener!“

Das Spiel ist aus, es wird gezahlt, der Dekorierete hat nur 59 Augen. Hessele reißt sich die Hände wie ein Glücksjahn und mischt begeistert. Er schäkert:

„Wenn ich gewußt hätte, daß —“

Der Dekorierete stiert unbedeutend durchs Fenster, die Zigarre erdwärts gedreht. Aber der Steifnackige meint:

„Da soll ich mal einer totgemischt haben!“

Hessele strahlt wie ein Schützenkönig, gibt die Karten und flüstert erregt:

— gewußt hätte, daß er es nicht mußte, daß —“

In diesem Augenblick wird er abgerufen. Jemand ist in der Tür erschienen und schreit:

„3. Kompanie!“ worauf Hessele seine Karten mit dem Gesicht auf den Boden legt, die Wäse geraderückt und hinausläuft. Der mit dem Furunkel fordert mich auf, einzuspringen. Ich sage ihm, daß ich nicht spielen kann, worauf er schmerzvoll aufstöhnt, und beide schweigen.

Es wird mir ungemächlich, denn ich fühle, wie es ihnen in den Fingern zuckt. Jetzt aber betrifft ein langer Offizier die Schultube, es ist der Prinz, wiederum mit der Hornbrille. Wir stehen auf. Er aber jagt:

„Lassen Sie sich nicht stören.“ und mustert das Zimmer. Bangsam nähert er sich der Hinterwand, an der eine schwarze Tafel hängt, und löst ein schwarzes Brettchen heraus, auf

dem die weiße Zahl 19 steht. Nr. 19 war wohl das letzte Bleib, das die Kinder langten, bevor sie fliehen mußten. Der Prinz beschaut das Brettchen eine Weile von allen Seiten, beklöpft es, schüttelt es. Da er bemerkt, daß er uns aufscheucht hat, schiebt er es zurück in die schwarze Tafel und geht aus der Tür.

„Das war ein Prinz.“ jagt der Dekorierete, der seinen Zigarrenrest anderswo untergebracht hat, mit einer erstaunlich schönen, klangvollen Stimme, und wir setzen uns wieder.

„Kenne ihn.“ nickt der Kinnlose und gähnt zum Fenster hinaus, „ist mein Landsmann.“

Der Dekorierete teilt mit:

„Manchmal ist er bei uns im Graben und kommt auch immer mit auf die Feldwache. So jung er ist — Angst hat er nicht. Manche Nacht ist er zwei- bis dreimal da, denn er rennt gern herum. Dann holen sie ihn zurück, und er rennt wieder heim. Immer sieht man ihn rennen. — Gestern abend wollte er eben mit uns aufstehen, da kommt ein Adjutant und meldet: Höchst werden von Egzellenz zum Rekruten gebeten.“

„Sind mein Landsmann denn mit?“ erkundigt sich der andere.

„Einmal.“ fährt der Dekorierete fort, „sah er eine feine Blume im Drahtverhau — es wurde gerade hell — eine blaue Glockenblume. Da war er ganz weg, stand und sah hin, bis die Russen ihn fortschleuchten. Eigentlich waren es wir, die ihn zurückriefen, denn es hätte ihm leicht etwas passieren können. Nein — er ist nicht bang.“

Nach einer Weile fragt der Steifnackige:

„Sind er denn hin? Sind er denn hin zum General?“

„Gewiß — weshalb?“

„Sich an, jetzt rennt er da draußen.“

In der Tat sehen wir den Prinzen drüben den Acker überqueren, der mit Schallotten bepflanzt ist. Die röllchen Fruchtköpfe schwanken um ihn im Wind, er trägt einen Spaten, und seine Seidenmütze flattert. Der Steifnackige behauptet:

„Sieh an! Er untersucht den Boden, eben hält er einen Spaten voll unter seine vier Augen. Er schaut sich um, ob das Land hier gut ist, damit er sich frühzeitig darum kümmern kann, wenn es verteidigt wird.“

Es gibt Leute, die können das Gras wachsen hören! „Du redest Blech.“ sage ich, „offenbar tut er doch nichts als botanisieren!“

(Fortsetzung folgt.)

schreibt über die gefährliche Kinderkrankheit Scharlach, und Krankenkassenführer Riebel (Rathenow) legt seinen wichtigen Bericht über Umfang und Inhalt der Krankenpflege der Krankenkassen fort.

Die radfahrende Postagentur.

... denn bei der Post geht's nicht so schnell.

Man schreibt uns:

Vor ein paar Wochen brachten Berliner Tageszeitungen die Nachricht, die Postagentur St. werde mit dem 1. Dezember 1928 in ein Postamt mit täglich zweimaliger Briefbestellung umgewandelt. So unheimlich diese Nachricht war, so erweckte sie doch einige Hoffnung im Ort und besonders in unserer Siedlung. Denn wir waren der Meinung, daß uns die Post ein wenig stiefmütterlich behandelt: Täglich einmal Postbestellung, so um die Mittagsstunde herum, und an ganz großen Feiertagen überhaupt nicht!

Der 1. Dezember ist inzwischen gewesen, aber die Postagentur lebt noch und wird weiter leben. Denn die amtliche Auskunft lautet: Vielleicht zum 1. Januar, vielleicht später... Die meisten Berliner werden gar nicht wissen, was es mit einer Postagentur auf sich hat. Drum sei hier ein wenig aus der Schule geplaudert.

Die Postagentur ist — ein Mann, der teils in Zivil, teils in Uniform ein mit Postpaketen schwer beladenes Fahrrad neben sich herschiebt. Es ist nicht mal eins von den bekannten Selbstläufern, sondern ein ganz gewöhnliches ziviles Fahrrad. An der Lenkstange und am Sattel sind mit Stricke die zahlreichen Postpakete befestigt. Manchmal ein Duzend und mehr, im Gesamtgewicht von einem Zentner. Vor sich her trägt der Begleiter dieses „raschen“ Verkehrsmittels eine umfangreiche lederne Tasche. Darin befindet sich neben einer Anzahl von Zeitungen, Päckchen, Drucksachen, Postanweisungen, Postscheds, Postformularen aller Art eine umfangreiche Kartothek. Mit ihrer Hilfe werden die Zeitungsgelder nach einem neuen verbesserten Verfahren einbestellt. Für jeden Abonnenten und jede Zeitung wird eine besondere große Karteifarte mitgeführt.

Ferner kann man von dem Briefbesteller — so lautet die Amtsbezeichnung — Freimarken kaufen (zum Selbstkostenpreis), ihm Briefe mitgeben (also ein wandelbarer Briefkasten) und auch Postanweisungen und Zahlarten einzahlen. Sogar Postpakete könnte man mitgeben, aber so roh war noch keiner.

Und dann, wir leben ja im Zeitalter des Radios, kassiert er auch die Rundfunkgebühren ein. Nun habe ich schon so oft Gelegenheit gehabt, ihn bei Ausübung seines Berufs zu beobachten, aber wo er die Quittungen dazu stecken hat, ist mir Geheimnis geblieben.

Und schließlich werden auch die Briefe bestellt. Da kommt es denn vor, daß so ein Brieflein spurlos verschwindet. Heimlichstherweise. Das ist mir kürzlich auch wieder mal passiert. Aber ich habe nichts gesagt, obwohl es ein wichtiger Brief vom Notar war. Ein anderer hätte vielleicht gleich eine geharnischte Beschwerde an die D.P.D. losgelassen. Das kann man eben nur fertig kriegen, wenn man noch ein Einbild in die Betriebsgeheimnisse einer fahradfahrenden Postagentur genommen hat. Und was kommt schon raus bei so einer Beschwerde? Der, der am wenigsten dafür kann, kriegt eins aufs Dach, daß es nur so rauh, und alles bleibt, wie's ist. Oder man verzieht den armen Teufel gar nach Berlin N. oder D., damit er dort beim treppauf und treppab in finsternen Hinterhäusern die Briefbestellung gründlich erlerne! Und dann ist's aus, und wohl für immer, mit dem freundlichen Sädeln, das uns hier draußen so wohl tut...

Kürzlich hat meine Frau einen netten Biß gemacht. Ganz unheimlich. Sie sagte: „Eben war ich hier von der freiwilligen Feuerwehr und hat die Briefe und Zeitungen in den Kasten gesteckt.“ „So?“ sage ich, „in St. ist alles möglich!“ Aber am nächsten Tage sah ich selbst, was los war. Zunächst das bekannte Bild: Die aufgeweckten Wege, das schwer beladene Fahrrad, die zum Plagen gefüllte Bedertasche. Aber der, der das eine schob, und das andere schleppte, trug auf den Haupt eine funktionslose Kappe, die gar nicht in die Landschaft paßte und meine Frau zu der Annahme veranlaßt hatte, ihr Träger sei ein Feuerwehrmann. Es war die neue blaue Dienstmütze!

Nun leben Sie! Höheren Ortes weiß man doch, wo's not tut! Und da sagen die Leute in unserer Siedlung immer, die Post ist tüchtig...

Volkshochschule Umenhof.

Die von der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost (Leiter Prof. D. Siegmund-Schucke) in ihrer Außenstellung Wilhelmshagen bei Berlin errichtete Volkshochschule hat augenblicklich einen sehr lebendigen und äußerst günstig zusammengesetzten Kursus, dem Männer und Frauen als auch Vertreter verschiedener Weltanschauungen angehören. Die Teilnehmer kommen aus dem ganzen Reich, auch eine Ausländerin ist dabei. Dieser Kursus wird am 31. Dezember schließen. Ein neuer Vierteljahreskursus beginnt Anfang Januar 1929. Er ist in erster Linie für männliche Teilnehmer gedacht. Es werden Fragen wie „Wirtschaft und Gesellschaft in ihren Beziehungen“, „vom Wesen des Rechts“, die pädagogischen und sozialpädagogischen Aufgaben der Jugendwohlfahrtsarbeit, „moderne Krankheitsbegriffung“ und „neue Geschichte“ behandelt werden. Das Volkshochschulheim will jungen Menschen (im Alter von 18 bis 30 Jahren) Gelegenheit geben zur Bestimmung über Fragen: „Wie stelle ich mich im Leben und zur Gesellschaft“, „Was ist es mit der Welt, die mich umgibt“ und ähnliche. Von besonderer Bedeutung ist die Arbeit des Umenhofes für die Stellung der sozialen Verantwortlichkeit, dem Bewußtsein der Verantwortung und der Mitgestaltung an der heutigen Gesellschaft und am heutigen Staat. So sind die Kurse auch eine Vorbereitung für solche Menschen, die es zur sozialen Arbeit hingehen und die etwa später eine Wohlfahrtsprüferstelle besuchen wollen. Das mit der Volkshochschule verbundene Kinderheim gibt Gelegenheit zur praktischen sozialen und pädagogischen Mitarbeit. Die Volkshochschule Umenhof ist eine Heim-Volkshochschule. Die Teilnehmer wohnen mit den Lehrern zusammen im Heim, zwei Schüler haben gewöhnlich gemeinsam ein Zimmer. Es steht ihnen ein Wohn- und Leseraum mit einer Bibliothek und einer Anzahl Zeitungen und Zeitschriften zur Verfügung. Die Kosten betragen 75 M. monatlich, hierin ist Schulgeld, Wohnung, Heizung, Wäsche (Wäsche der Bekleidungsstücke) und einfache und gesunde Verpflegung einbezogen. Für minderbemittelte und erwerbslose Schüler können auf Antrag besondere Vereinbarungen getroffen werden. Bei unterjährigberechtigten Erwerbslosen wird Befreiung von der Kontrollpflicht und Gewährung von Zuschüssen durch das zuständige Arbeitsamt zu erlangen versucht. Anmeldungen sind schriftlich an die Leitung der Schule zu richten. Es ist ein ausführlicher Lebenslauf beizufügen, aus dem Alter, Beruf, Schulbildung, etwaige Bundeszugehörigkeit und die besonderen Gründe für den Wunsch, die Volkshochschule zu besuchen, zu ersehen sind. Ferner ist mit der endgültigen Anmeldung ein ärztliches Zeugnis einzureichen. Weitere Zustände und Programme sind durch die Leitung (Heinrich A. Pröschold, Berlin-Wilhelmshagen, Bismarckstraße 24) zu erhalten.

Schulzahnklinik in Niederschöneweide.

Das Gesundheitsamt Treptow hat nach vollkommener Fertigstellung der Schulzahnklinik in Niederschöneweide, Berliner Straße 31, die Schulleiter des Bezirks zu einer Besichtigung der neuen, vollkommen modern eingerichteten und absolut hygienischen Einrichtungen eingeladen. Die Erzieherinnen haben von der Klinik den besten Eindruck gewonnen und sich auch in diesem Sinne ausgesprochen. Befragt wurde der Widerstand mancher Eltern. Deswegen sei an dieser Stelle noch einmal ausgesprochen, daß es ganz falsch ist, zu warten, bis bei den Kindern sich Schmerzen entwickeln,

Die Flucht vor dem Kinde.

Immer weniger Ehen mit hoher Geburtenzahl.

Wie in Berlin der „Kinderlegen“ geschwunden ist, zeigen wieder die für das Jahr 1927 zusammengestellten Ergebnisse der Berliner Bevölkerungsstatistik. Der Geburtenertrag von 1927 war in unserer Großgemeinde Berlin mit vier Millionen Einwohnern nur 44 672 Geborenen, wovon 1799 tot und 42 873 lebend geboren wurden. Dagegen wurden fünfzig Jahre vorher, im Jahre 1877, in der früheren Kleingemeinde Berlin mit damals nur einer Million Einwohnern noch 45 913 Geborene gezählt, 1800 tot Geborene und 44 113 lebend Geborene. Das Gebiet der früheren Kleingemeinde allein, das jetzt zwei Millionen Einwohner hat, lieferte in 1927 nur noch 21 461 Geborene, darunter 965 tot Geborene und 20 496 lebend Geborene. Freilich stand diesen ehemals so hohen Geburtenzahlen auch eine Säuglingssterblichkeit gegenüber, deren Höhe uns heute fast unvorstellbar ist. Von Kindern des ersten Lebensjahres starben in 1877 in der Einmillionenstadt 15 019 Kinder, dagegen in 1927 in der Viermillionenstadt 3651 Kinder, in 1927 besonders im Gebiet der früheren Kleingemeinde mit jetzt zwei Millionen Einwohnern 1954 Kinder.

Eine Auszählung der ehelich Geborenen von 1927 nach der Geburtenfolge ergibt, daß in Berlin heute die kinderreichen Ehen nur noch spärliche Ausnahmen sind. Unter den 44 672 Geborenen (einschl. tot Geborene) waren 36 168 ehelich Geborene und 8504 unehelich Geborene. Von diesen 36 168 ehelich Geborenen aus 1927 hatten in der Ehe ihrer Mutter die Stelle des ersten Kindes 17 979, des zweiten 9840, des dritten 4086, des vierten 1823, des fünften 894, des sechsten 489, des siebenten 244, des achten 155, des neunten, zehnten, elften usw. 249. Bei 469 Kindern wurde über die Geburtenfolge nichts ermittelt. An der Gesamtzahl der ehelich Geborenen waren beteiligt die ersten Kinder allein

mit 497 vom Tausend, die zweiten mit 272 v. T., die ersten und zweiten zusammen mit 769 v. T., die dritten mit 113 v. T., die vierten mit nur noch 50 v. T., die ersten bis vierten zusammen mit 932 v. T., die fünften mit 25 v. T., die sechsten mit 14 v. T., die ersten bis sechsten zusammen mit 971 v. T. Danach bleiben uns für alle übrigen Kinder, die siebenten, achten, neunten, zehnten usw. zusammen nur 29 v. T. der Geborenenanzahl, wobei wir sogar noch die Geborenen ohne Angabe über die Geburtenfolge sämtlich den geburtenreichen Familien zuzählen. Wie aber stand es hiermit in Berlin vor fünfzig Jahren? Solche Auszählungen wurden für das Jahr 1877 noch nicht gemacht. Wir kennen eine Auszählung dieser Art erst aus 1879. Damals waren an der Gesamtzahl der ehelich Geborenen beteiligt die ersten Kinder mit nur 184 vom Tausend, die zweiten mit 199 v. T., die ersten und zweiten zusammen mit 383 v. T., die dritten mit 186 v. T., die vierten mit 142 v. T., die ersten bis vierten zusammen mit 711 v. T., die fünften mit 95 v. T., die sechsten mit 65 v. T., die ersten bis sechsten zusammen mit 871 v. T., also die siebenten, achten, neunten, zehnten usw. zusammen noch mit 129 v. T.

Diese Unterschiede zwischen damals und heute geben zu denken. Man kann selbstverständlich nur mit Vorbehalt die Bevölkerung des heutigen Berlin neben die Bevölkerung des damaligen Berlin stellen. Möglich ist, daß heute die jungen Ehen verhältnismäßig zahlreicher als damals sind. In jungen Ehen wird natürlich noch keine große Kinderzahl anzutreffen sein. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß zu unserer heutigen Großgemeinde beträchtliche Gebiete mit einer Bevölkerung gehören, die der Landbevölkerung noch näher als der Stadtbevölkerung steht. Auch das hat nicht hindern können, daß in Berlin die geburtenreichen Ehen immer seltener wurden.

weil dann häufig der Zahn nicht erhalten werden kann. Darin besteht gerade die Aufgabe der Klinik, oft zu untersuchen, entstandene Defekte zu beheben, bevor sie Schmerzen machen und sie in wenigen Minuten wiederum ohne Schmerzen zu beseitigen. Es wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die hiesigen Krankenkassen den Familienmitgliedern unentgeltliche kassenärztliche Zahnbehandlung nicht gewähren, so daß Kinder, die nicht der Schulzahnklinik zugeführt werden, jede zahnärztliche Behandlung einbezahlen. Hierdurch geht an alle Eltern die dringende Bitte, wenn die Einzahlung zur Untersuchung und zum Besuch der Schulzahnklinik erfolgt, ausnahmslos die verlangte Elternunterschrift zu leisten.

Gericht und Stationskasse.

Ein Einbruch und ein mißlungener Raubüberfall.

Beuthen, 27. Dezember.

In der Zeit zwischen Montag mittag und dem 1. Feiertag früh sind Einbrecher in das Gerichtsgebäude in Beuthen eingedrungen. Sie öffneten in der Abteilung der Staatsanwaltschaft eine Reihe von Schränken mit Schlüsseln und erbrachen Schranktüren und sonstige Behälter. An Bargeld fielen ihnen in dieser Abteilung nur etwa acht Mark in die Hände. In einem Zimmer, das dem evangelischen Wohlfahrtsamt überlassen ist, wurde ebenfalls ein Behälter erbrochen und daraus eine Summe von 500 Mark geraubt, die für Wohlfahrtszwecke bestimmt war. Am schwerwiegendsten ist, daß die Einbrecher sich des Strafregisters bemächtigen konnten. Sie rissen den Inhalt von 13 Kästen dieses Registers heraus und verbrannten ihn in einem Ofen. Im übrigen haben die Eindringlinge natürlich Untertischler umgeworfen und im Zimmer des Staatsanwalts aus einem Kleiderschrank die Robe und das Barret des Oberstaatsanwalts herausgeholt und zerlegt.

Erfurt, 27. Dezember.

In den Weihnachtsfeiertagen versuchten maskierte Räuber die Stationskasse des Haltpunktes Schwarzwalden bei Reiningen auszuräumen. In der Nacht drangen sie mit dem Ruf „Hände hoch!“ in das Stationsgebäude ein. Der diensthabende Beamte ließ sich jedoch nicht einschüchtern und setzte sich mit einem Beil kräftig zur Wehr. Einer der Räuber gab darauf zwei Schüsse auf ihn ab, die jedoch ihr Ziel verfehlten und wohl nur aus einer Scheintodpistole stammten. Als die Räuber sahen, daß ihr Anschlag mißlungen war, ergriffen sie die Flucht und konnten unerkannt entkommen. Auf ihre Ergreifung ist eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt worden.

„Echte englische Stoffe“.

Zu unserem Artikel „Made in Germany“ schreibt der „Deutsche Bekleidungsarbeiter-Berband“: „Der letzte Absatz handelt von englischen Stoffen und gibt hierüber eine Schilderung, die in der Vortragszeit zwar richtig war, heute aber nicht mehr zutrifft. Gegenwärtig ist es so, daß die englischen Stoffe billiger sind als die deutschen. Es sind



Drei Tage Rundfunk, über die sehr wenig zu berichten ist. Es ist ein Jammer, wie wenig die Berliner Funkstunde zu bieten weiß, wenn sie sich „festlich“ geben will. Dabei ist es wirklich ziemlich leicht, eine Programmidee für die Weihnachtstage zu finden. Man mußte sich nur die naheliegende Frage stellen: Wer hört zu Weihnachten Radio?, um auf den richtigen Weg zu kommen. Radio an den Feiertagen ist für Einkame, Kranke, Unbemittelte, wenigstens in erster Linie. Es wäre also notwendig gewesen, diese Lage mit guter, abwechslungsreicher Unterhaltung zu füllen. Vorträge mit allgemeinem interessantem Inhalt, spannende Referate, vielleicht eine spannende Romanvorlesung, eine musikalische Balladenstunde hätten sicher Beifall gefunden, ebenso ein populäres Orchesterkonzert. Statt dessen gab man sich übertrieben ernsthaft-weihnachtlich — und in den Vorträgen ziemlich unfreundlich-sangweilig. Eine angenehme Gabe war allerdings die Uehertragung des „Kosentavalliers“ aus der Staatsoper Unter den Linden, die eine wahrhaft festliche Heiterkeit in das Programm brachte. Weniger glücklich war das Abendkonzert am zweiten Feiertag, obgleich es qualitativ ausgezeichnet war. Aber man hatte sich an „Weihnachtslichem“ bereits sattgehört. Am Donnerstag kam glücklicherweise schon wieder der Alltag zum Wort. Man hörte von Max Günther einen Vortrag über die „Beiträge und Leistungen der Arbeitslosenversicherung“, in dem er erfreulich klar die Wirkungen der Arbeitslosenversicherung darlegte und sich vor allem gegen die unsinnige Behauptung wandte, daß die Arbeitslosenunterstützung das Interesse der Arbeitslosen an einer neuen Stellung vermindere. Eine wirkliche „Überunterhaltung“, zu der vortreffliche Kräfte beitrugen, ersetzte die Hörer.

uns Firmen aus der Herrenkonfektion bekannt, die für ihren Bedarf Stoffe aus England beziehen und diese trotz der höheren Verarbeitungskosten und der Höhe billiger einkaufen als von deutschen Fabrikanten in Barch, Kottbus oder anderen Textilplätzen. Der Preisunterschied ist ein sehr erheblicher. Es ist deshalb auch kaum anzunehmen, daß englische Tuchfirmen Stoffe aus Deutschland beziehen, um sie dann wieder nach Deutschland zu verkaufen.“

Kraftzentrale im Schwarzwald.

Der Bau des Schluchsewertes greift tief in die zurzeit schwerwiegenden großen Verkehrs- und Wirtschaftsprobleme Badens ein, an denen sowohl die großen Industrieunternehmen wie die Verkehrsorganisationen beteiligt sind. Die Regulierung des Bodensees, die Schiffbarmachung des Oberrheins und die Elektrifizierung der badischen Bahnen werden zum nicht geringen Teile von diesem Wasserkraftwerk abhängig sein. Nachdem die beschleunigte Elektrifizierung der badischen Bahnen zum großen Teil von der Verfügbarkeit einheimischer Kraftwerke abhängig gemacht wurde, ist damit zu rechnen, daß wenigstens über diesen Punkt bald endgültige Klarheit geschaffen wird. Gerade vom Standpunkt der Reichsbahn ist die Elektrifizierung der badischen Bahnen wirtschaftlich bedeutend, weil sie für die steigenden Schwarzstromkosten und die perlethodischen Rheinfalllinien besonders geeignet ist. Sobald es die wirtschaftliche Lage erlaubt, kann die Reichsbahngesellschaft aus badischen Wasserkräften den elektrischen Strom beziehen. Im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Vorteilen des Schluchsewertes stehen die berechtigten Bedenken heimatundlicher, landschaftlicher und verkehrsgemeinlicher Art. Zweifelloso bedeutet die Erstellung einer großen bautechnischen Anlage, und wenn sie noch so sorgfältig durchgeführt und dem Landschaftscharakter „angepaßt“ wird, immer einen Eingriff in bestehendes Gut. Von diesem Standpunkt aus müssen auch die Gründe gebilligt werden, mit denen der Bau des Schluchsewertes von manchen Seiten abgelehnt wird. Abgesehen von der Verunstaltung des Landschaftsbildes tritt mit dem Bau einer solchen Riesenanlage ein Stillstand in dem Untertunngesamten ein. Auch die Einwände des Hotelgewerbes, daß hierdurch der Zug der Fremden in diesem Teilgebiet des Schwarzwaldes abgelenkt würde und dem ganzen Untertunngesamten erhebliche Schäden erwächst, sind einer gründlichen Prüfung wert.

Gerade der Hochschwarzwald, der sich erst in den letzten zwei Jahren langsam von den Krisen der Inflation erholt, bedarf ruhigen und zielsicherer Entwicklung. Es ist durchaus keine Schwarzsehererei, wenn behauptet wird, daß der Bau des Schluchsewertes vielleicht in zehn Jahren für alle Teile günstiger verlaufen würde als heute. Nachdem aber die wirtschaftlichen Vorteile für das ganze Land gegenüber diesen Bedenken überwiegen, wird auch das badische Verkehrsweisen den Entschluß des Badischen Landtages für eine baldige Erstellung des Schluchsewertes billigen.

Man muß sich darüber klar sein, daß die Baujahre in mancher Hinsicht eine verantwortungsvolle Krisenzeit bringen werden. Es ist zu wünschen, daß auch den kleineren Gemeinden des Schwarzwaldes, die auf ein Blühen des Fremdenverkehrs angewiesen sind, Rechnung getragen wird. Und dann darf auch erwartet werden, daß die neue Anlage sinngemäß in die Schwarzwaldlandschaft gestellt wird. Die Technik muß grausam sein, wenn sie sich durchsetzen will. Sie kann aber in vielen Fällen auch kühn und pietät vor der Reinheit der Natur bewahren. Daß auch diese Wünsche erfüllt werden mögen, ist die Hoffnung der an dem Bau ebenso interessierten Verkehrs- und Hotelorganisationen, wie der wirtschaftlichen und industriellen Unternehmungen. Das Interessengebiet, das der Bau des Schluchsewertes umfaßt, ist das denkbar größte. Wirtschaftliche und heimatkundliche Berührungspunkte sind im reichen Maße vorhanden. Es wird Aufgabe der ausführenden Organe sein, auch hierauf Rücksicht zu nehmen.

Am Hochkönig errotten.

Der 25jährige Skifahrer Peter Riedl aus Beren unternahm während der Feiertage mehrere anstrengende Touren im Gebiet des Hochkönigs. Touristen fanden ihn errotten eine Viertelsunde unterhalb des Arthur-Schuhhauses auf einem Schneefeld sitzend auf. Riedl hatte eine volle und eine leere Weinflasche neben sich. Die Leiche wurde durch die Rettungsgesellschaft in Beren zu Tal gebracht.

Wenn der Magen nicht in Ordnung ist, leidet Ihr ganzes Wohlbefinden darunter. Schlechte Stimmung, Reizbarkeit und Unruhe sind die Folge. Lassen Sie sich nicht von solchen Qualgeheimern unterbekommen. Weiben Sie an Magenkrämpfen, schmerzhafter Verdauung, Appetitmangel, Druck und schwerem Gefühl im Magen und anderen Magenleiden, dann nehmen Sie die echten „Reichels Magentropfen“. Flasche M. 1.10, gr. Flasche M. 2.75. In Apotheken und Drogerien erhältlich, auch aber mit der Firma Otto Reichel, Berlin SO., Wollenbrennstr. 4.

Aus der Arbeit der Bezirke.

2. Bezirk - Tiergarten.

Die Wahlen werfen ihre Schatten voraus. Die Deutschnationalen brachten einen Antrag ein, gegen unseren Genossen Stadtrat Beitzge ein Disziplinarverfahren zu eröffnen, da er der SPD. unentgeltlich Wahllisten aus dem Wahlamt gegeben haben soll. Beider folgten sie nicht unserer Anregung, ihren Antrag in einen Dringlichkeitsantrag umzuwandeln. Wir werden also erst nach Neujahr erfahren, auf welche Information die Deutschnationalen hereingefallen sind. Bezüglich der Hergabe von städtischen Räumen für Jugendveranstaltungen hatte sich der Ausschuss auf unseren Standpunkt gestellt, daß das Jugendamt sich jeder Einwirkung auf solche Veranstaltungen zu enthalten habe. Der Ausschuss hatte hinzugefügt, daß das Jugendamt für öffentliche politische Versammlungen nicht der Ort ist. Auf unsere Frage, was unter „öffentlich-politischer Versammlung“ zu verstehen ist, gab das Bezirksamt keine präzise Antwort. Da die Versammlungen von Jugendorganisationen im Heim immer geschlossen sind, auch wenn Gäste zugelassen sind, beantragten wir Streichung des Satzes. Unser Antrag wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. — Die Versammlung nahm dann Kenntnis von den Änderungen, die die Bedarfsmeldung durch den Kammerer erfahren hat. Die sehr erheblichen Streichungen wurden allgemein bedauert. Stadtratordnerer Klinkardt von der Volkspartei bedauerte aber noch mehr, daß durch Magistratsbeschluß 5000 M. für Straßenbenennungs-schilder eingesezt sind. Er beantragte, diese Summe für gesundheitliche Zwecke zu verwenden. Doch ein Magistratsbeschluß nicht durch eine Bezirksversammlung aufgehoben werden kann, war ihm nicht verständlich zu machen. Der Antrag wurde gegen die Volkspartei und die Deutschnationalen abgelehnt. Es wurde ferner unsere Anfrage behandelt, warum bei sportlichen Veranstaltungen auf dem Sportplatz Tiergarten nicht die Reichsflagge gehißt wird.

Hilfe für die Erwerbslosen.

5. Bezirk - Friedrichshain.

Eine außerordentliche Sitzung der Bezirksversammlung Friedrichshain hatte sich noch drei Tage vor Weihnachten mit einer Reihe von Demonstrationsanträgen der kommunistischen Fraktion zu beschäftigen. Ein Dringlichkeitsantrag verlangte Aufhebung einer Verfügung des Wohlfahrtsamtes an die Wohlfahrtsvorsteher betr. Auszahlung der Weihnachtsbeihilfen, weil dadurch ungebührlich eine starke Einschränkung der Magistratsverfügung erfolgt sei. Bürgermeister Genosse Willeh betonte, daß vom Bezirksamt und Wohlfahrtsamt in keiner Weise eine Abschwächung der Magistratsbestimmungen vorgenommen worden sei. Man werde in jedem Falle den berechtigten Wünschen aller für längere Zeit Unterstützungsberechtigten nachkommen. Nur jene, die zur Behebung einer momentanen Notlage eine einmalige Unterstützung erhalten, werden von der Berücksichtigung bei Auszahlung der Weihnachtsbeihilfen ausgenommen. Dementsprechend wurde beschlossen. Dann folgten die in der letzten Sitzung nicht mehr erledigten Erwerbslosen-anträge. Der Kommunist Kopschlagers schimpfte. Genosse Siegle lehnte es ab, sich auf das Niveau Kopschlagers zu begeben. Zur Sache selbst sei nur zu wiederholen, daß diese Anträge am falschen Orte beraten wurden und hier nicht zur Durchführung gelangen können. Die Anträge versielen der Ablehnung. In der zweiten Beratung weiterer Erwerbslosen-anträge, die vor allem die Aufhebung der Arbeitslosenzulage bezweckten, stüzte Genosse Böhling vorerst den Verlauf der Ausschussberatungen. Die Anträge der Kommunisten wurden dort abgelehnt. Annahme fanden — bei Stimmenthaltung der Kommunisten — die Vorschläge unserer Fraktion, wonach das Bezirksamt beim Magistrat erwirken möge, daß den Erwerbslosen zur Fahrt nach der Vermittlungsstelle Freifahrtsscheine gegeben werden, daß für langfristige Erwerbslose Mietzulagen zu zahlen sind und daß schließlich Gutscheine für Kleidung, Lebensmittel und Heizung gewährt werden. Nach zum Teil persönlichen Auslassungen des Kommunisten Kopschlagers bewies Genosse Siegle auf die Ratlosigkeit der Ausschussberatungen. Bis auf die Kommunisten wurde die Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion einmütig gebilligt. Es muß allen Erwerbslosen die Möglichkeit gegeben werden, durch die Arbeitslosenfürsorge wieder nach der Aussteuerung in ihre Rechte in bezug auf Krankentafelversicherung, und Anspruchnahme der Arbeitslosenversicherung eingeführt zu werden. Dabei ist — wie die Praxis beweist — kein Zwang erforderlich. Zur Vermeidung von Härten können Ausschüsse angerufen werden. Die kommunistischen Anträge sind in dieser Form undurchführbar, weil sie die Ungerechtigkeiten nicht ausschalten. Trotzdem wurden die kommunistischen Anträge angenommen, weil Herr Bartheis von den Deutschnationalen, der sich im Ausschuss für die Vorschläge unserer Fraktion eingesetzt hatte, glatt umfiel.

Wohnungsbau und Grundstücks politik.

7. Bezirk - Charlottenburg.

Die letzte Bezirksversammlung schien sich zunächst in Kleinigkeiten zu verlieren: man debattierte über die Vorzüge des Lautsprechers in Krankenhäusern. Dann gingen an wesentlichere Fragen. Ein Antrag der Mitte gab Anlaß zu einer großen Aussprache über Grundstücks- und Wohnungspolitik im 7. Bezirk. Ein Ausschuss hatte die Verwendbarkeit der städtischen Grundstücke nach-

geprüft und empfohlen, gewisse Grundstücke bei geeigneter Gelegenheit zu verkaufen und gewisse Baugebiete in die höhere Bauklasse zu überführen. Genosse Gzartinski wandte sich gegen diese Politik, betonte den Wert dieser Grundstücke im Hinblick auf die zukünftige Beeinflussung der Mieten und wollte die Frage der Höherzonung zur Nachprüfung an die Baudeputation verwiesen wissen. Die Kommunisten benutzten die Gelegenheit, um die bestehenden Verträge des Bezirkes, beim Bau von Kleinwohnungen vorwärts zu kommen, zu erschweren und törichte Anlagen zu erheben. Das bestimmte den Bürgermeister Augustin zu einer Charakteristik der Charlottenburger Baupolitik das Wort zu ergreifen. Man habe etwa 700 000 M. angesammelt, meist bei Umwandlung von Wohnräumen in Geschäftsräume. Dieses Geld solle ausschließlich der Neugeschaffung von Wohnraum zugute kommen. Es hätte aber keinen Zweck, die ganze Summe in einen städtischen Bau zu stecken, sondern man habe mit Hilfe dieser Gelder den privaten Baumarkt anregen und bestimmen müssen. So habe man bereits mit drei Gesellschaften Verträge derart abgeschlossen, daß der Bezirk aus diesen Mitteln ein unverzinsliches Darlehen zuweilen, wenn die Mieten dafür um die Höhe der sonstigen Zinsenleistung gesenkt würden. Das Kapital selber werde vom Bauherrn mit 2 Proz. amortisiert und zurückgezahlt; die Senkung der Miete werte sich so aus, daß statt 14 bis 15 M. für den Quadratmeter etwa 11,60 M. Miete gezahlt würden. So läme eine Drei-Zimmer-Wohnung im Monat etwa auf 60 M. statt auf 80 bis 90 M. Markt. Man wolle nach diesem System 300 Wohnungen errichten und hoffe, sobald die Gelder aus der Hauszinssteuer endlich verteilt seien, anfangen zu können. Stadtrat Genosse Horlig ergänzte den Bürgermeister in einigen Punkten und führte den Kommunisten zu Gemüte, wie töricht ihre Angriffe gegen diese Kleinwohnungspolitik seien. Man lehnte dann zur eigentlichen Vorlage zurück, und trotz des Widerspruchs der Linken beschloß das Haus nach den Anträgen des Ausschusses. Unsere Genossen sehen in dieser Grundstückspolitik ein gefährliches Fangeballspiel mit den privaten Interessenten. — Die Versammlung nahm dann den Bericht über das Schullinwesen entgegen. Die Sache hat sich erfreulich entwickelt: die Einigung zwischen den bisherigen Vereinen und dem Bezirksamt steht bevor; künftig wird ein Ausschuss des Bezirkes das Schullinwesen bestimmen, Programmverrichtungen wie in diesen Winter werden nicht mehr vorkommen. Damit war das Penum erledigt, und man vertagte sich bis zum 28. Januar. Der große Kampf um den Stadtschulratsposten ist gleichfalls vertagt: da man sich nicht mit Zweidrittelmehrheit auf einen Kandidaten einigen kann, ersucht die Bezirksversammlung einstimmig das Bezirksamt, das Mandat für Herrn Stadtschulrat Otto auf ein Jahr zu verlängern.

Lebensgefährliche Rauchgase.

15. Bezirk - Treptow.

Die Bezirksversammlung Treptow genehmigte in ihrer letzten Sitzung den Verkauf städtischer Grundstücke zum Bau von Wohnungen. Die Bauartigkeit wird ganz besonders in den Ortsteilen Treptow und Oberschöneweide in nächster Zeit einsetzen. Genosse Lempert begrüßte diese Vorlagen des Bezirksamts und wünschte, daß so bald wie möglich mit dem Bau der Häuser begonnen werde. Insbesondere erläuterte er den Aufbau der „Gehag“ und die Sicherheit, die der „Gehag“ auf finanziellem Gebiete zur Verfügung steht. U. a. ist an die „Gehag“ Gelände in Größe von 85 775 Quadratmeter im Ortsteil Treptow verkauft worden. Zum Bau eines Banthauses ist an die Bank für Handel und Gewerbe ein städtisches Grundstück in Oberschöneweide (Schillerpromenade Ecke Goethestraße) verkauft worden. Unsere Fraktion beantragte, dafür zu sorgen, daß die die Bevölkerung belästigenden Ausdünstungen und Rauchgase der Fabriken in Ober- und Niederschöneweide abgeleitet werden. Insbesondere muß dafür gesorgt werden, daß die Gaselastigung durch die Kunheim-Fabrik völlig unterbleibt. Genosse Priedel begrüßte diesen Antrag. Des weiteren war von unserer Fraktion eine Anfrage gestellt, ob nicht bald mit der Durchlegung der Wildenbruchstraße von Treptow nach Reuthöfen zu rechnen ist. Der Block der Mitte nahm durch eine Anfrage Veranlassung, gegen den Kinderhort Baumhulweg vorzugehen. Insbesondere hatte es dem Redner des Zentrums eine Hornerin angetan, die aus Arbeiterkreisen stammte. Genosse Stadtrat Peters und Genossin Lodenhagen ließen es an der notwendigen Antwort nicht fehlen.

Neue Baupläne in Reinickendorf.

20. Bezirk - Reinickendorf.

Der Bezirksversammlung lag zur Beschlussfassung ein Siedlungsplanentwurf der Straßenbahn-Gesellschaft vor. Diese beabsichtigt, ihr Gelände in Reinickendorf, an der Panlowet Allee, zwischen Kühleweinstraße, Grüner Weg und Harkstraße, zu bebauen. Es soll dort eine neue Bahnhofsanlage, ähnlich der Anlage an der Müllerstraße, jedoch von Wohnhäusern umgeben, entstehen. Die Kühleweinstraße wird einen 17 Meter breiten Grünstreifen erhalten. Um das Bauvorhaben zu ermöglichen, stimmte die Bezirksversammlung ohne Widerspruch einem entsprechenden Bebauungsplan zu. Die jetzige Draniensburger Straße hat zwischen Bahnhof Wittenau und dem alten Dorf Hermsdorf zunächst eine erhebliche Erhöhung und dann am Fließ sehr scharfe Knick. Um diese Gefahrenquelle für den immer stärker werdenden Automobil-

verkehr dieser Hauptausfallstraße zu beseitigen, soll die Trace für die Draniensburger Chaussee nach Norden verlegt werden. Die neue Straße soll breiter angelegt werden und in der Mitte einen Grünstreifen erhalten, in dem bei späterem Straßenbahnverkehr die Schienen eingebettet werden können. Die Bezirksversammlung stimmte den Änderungen zu. Ebenso wurde ein Siedlungsplanentwurf für das Gelände in Reinickendorf, beiderseits der Schillerpromenade, zwischen Lindauer Straße, Berner Straße, Teilpromenade und Teichstraße, angenommen. Auf diesem Gelände sollen demnächst durch die städtische Heimstätten-Gesellschaft „Primus“ 1040 Wohnungen gebaut werden. Um eine einheitliche, neuzeitliche Bebauung zu erreichen, ist hier ein neuer Bebauungsplan aufgestellt worden. Dadurch, daß die meisten Häuserblocks eine Lage von Süden nach Norden erhalten sollen, werden fast alle Zimmer mehr Licht und Sonne bekommen. Dabei ist der Bau einer Volkshochschule und eines Speisensaals vorgesehen. Das Krankenhaus soll nach Süden erweitert werden. Das Hallenschwimmbad wird um eine größere Grünfläche mit eingelagerten Sportplätzen gruppiert. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Schaffung besonderer Warteräume für Bahnschienenarbeiter und Kriegsbeschädigte wurde angenommen. Wegen Aufhebung des Sportplatzes an der Schillerpromenade, Ecke Lindauer Straße, wurde beschlossen, den betreffenden Vereinen geeignetes Gelände der Stadt Berlin im östlichen Ortsteil zur Verfügung zu stellen. In der Aussprache über den Bau der Untergrundbahn von der Seefröhe bis Ecke Scharnweber- und Berliner Straße forderte Genosse Koch den Bau bis nach Tegel, ferner die Verlängerung der Untergrundbahn vom Bahnhof Gesundbrunnen bis zum Seebad und für die Linie 32 auch in den späteren Abendstunden einen Verkehr mit Anhängemotoren.

„Rauchkrankheit der Städte“.

Für die modernste Biologie gibt es keine Grenze zwischen belebter und unbelebter Materie mehr. Das Einzelwesen stirbt, aber es gibt keine noch so tot scheinende Materie, die wissenschaftlicher Forschung schließlich nicht irgendwelche noch so dumpfe Lebensäußerungen offenbart. Also braucht es nicht weiter wunderzunehmen, daß man in Kreisen der Architekten von einer Krankheit der Städte zu sprechen beginnt, als deren Erreger der Rauch bezeichnet wird, der in unseren Großstädten in immer stärkerem Maße die Luft verpestet.

Bauglän aber sicher verändert die ändernde Wirkung des Rauches die Struktur des festesten Steines zu einer schwammigen Masse, die eines Tages zerbröckeln, und scheinbar für die ewigkeit geschaffene menschliche Bauwerke zusammenbrechen lassen kann. Und so sehr hat sich die zerstörende Kraft des chemischen Krieges gesteigert, den der technische Fortschritt unseren steinernen Großstädten erklärt hat, daß nach dem Pariser Temps ein hervorragender französischer Fachmann die Lebensdauer der berühmten Pariser Notre-Dame-Kirche nur noch auf fünfzig Jahre schätzte.

Es mag übertrieben sein, den stolzen Türmen einer der vornehmsten Kirchen ein so nahes Ende zu setzen, aber gemäß löst sich nicht leugnen, daß das Aussehen aller modernen Großstädte von Jahr zu Jahr ruhiger und schmutziger, daß der Dunstschleier, der sie wie ein Riesenspinngewebe einhüllt, immer dichter wird und den Strahlen der Sonne immer spärlicheren Durchlaß gewährt. Die Wissenschaft der Hygiene beklagt das um der Menschen willen, die sich in immer gewaltigeren Massen in den Großstädten zusammenballen, aber die Hygiene ist erst ein Säugling der Wissenschaft im Vergleich zur Medizin, die nach uralter Tradition erst in Aktion zu treten pflegt, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist. Solange es sich nur um das Wohl ihrer Bewohner handelte, hatte der Kampf gegen die Verpestung der Stadtluft geringe Aussichten. Nun, wo auch die materiellen Grundlagen der Stadt und selbst die granitenen Sockel ihrer stolzesten Gebäude verhältnismäßig rascher Vernichtung preisgegeben zu sein scheinen, bessern sie sich, so daß die Häuflein von „Realisten“, die jenen Kampf bisher führten, gerade aus den breiten Massen der „Materialisten“ immer stärkeren Mut erhalten werden.

Die Möglichkeit, die Stadtluft zu reinigen, wenn man es nur ernsthaft will, nimmt gewiß der Gefahr, die nach der modernen Wissenschaft städtischen Bauwerken aus der „Krankheit der Städte“ zu erwachen scheint, viel von ihrem Schrecken, aber warum sollen nicht eines Tages auch im Mineralreich andere unerwartete Seuchen auftauchen?

Die Steine sind ältere Hülfsträfte des Menschen als die Metalle, auf sie waren die ersten Anfänge aller menschlichen Kultur gegründet. Heute leben sie unter dem Hebermah unserer Zivilisation, der moderne Mensch drückt ihnen die Brandmale des chemischen Zeitalters auf. Die Menschen selber aber leiden mit ihnen, denn die giftigen Wogeb der Fabriken und Automobile verpesten ihnen die Lungen und verpesten das Blut, so daß wie die Steine auch die Menschen langsam zugrunde gehen müssen.

Abbau der Wohlfahrtskommissionen Mitte?

Von einem parteigenössischen Mitglied in einer Wohlfahrtskommission des Bezirks Mitte, wird uns geschrieben:

Durch die Umwälzung des Jahres 1918 ist uns Sozialisten die Möglichkeit gegeben worden, unserer Stärke entsprechend in kommunalen Ehrenämtern mitzuwirken. Ein wichtiger Zweig dieser Ehrenarbeit ist die Tätigkeit in den Wohlfahrtskommissionen der einzelnen Stadtbezirke, in denen wir veruchten, den bedürftigen Antragstellern wirklich Hilfe zu bringen und ihren Notstand dauernd zu beseitigen. Wir haben da ein außerordentlich wichtiges Arbeitsgebiet gefunden, auf dem wir unsere sozialen Grundzüge praktisch durchführen konnten. Den einzelnen Wohlfahrtskommissionen lag es ob, die Anträge auf Einzel- und laufende Unterstützung, die von Bedürftigen gestellt wurden, zu

94 Jahre alt wurde einer unserer ständigen Verbraucher

Wollen Sie sich Ihre Gesundheit erhalten? Wollen Sie einen erquickenden Nachschlaf haben? Wollen Sie Ihren Magen, dem Sie oft mehr zumuten, als er vertragen kann, entsäuen, müssen Sie für eine geregelte Verdauung sorgen. Deshalb nehmen Sie morgens und abends unser „Dr. ainal Bullrich-Galk“.

1 Dosis kostet ca. 1 Pfennig.

„Original Bullrich-Galk“ hinterläßt selbst bei dauerndem Gebrauche in keiner Weise irgendwelche schädlichen Folgen, worauf wir besonders hinweisen möchten.

Aus recht mit diesem Bild

Aus unserer Anerkennungsmappe:

Unser Bullrich-Galk stellt kein sogenanntes Abführmittel dar, sondern ist wegen seiner hervorragenden Wirkung seit 100 Jahren in der ganzen Welt bekannt und findet besonders Veranlassung bei allen Verdauungsstörungen sowie Stöhrren. — Der Verbrauch von vielen Millionen Packungen beweist am besten, wie sehr unser Original Bullrich-Galk geschätzt wird.

Aus unserer Anerkennungsmappe.

100 Jahre unübertroffen!

100 gr 0,80, 250 gr 0,60, 500 gr 1,10

Für die Reise Tabletten, Stückzahl 1,50, Kiste 0,35

Heim gegen Bayerische Volkspartei.

Er prophezeit eine politische Katastrophe.

München, 27. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Bayerischen Volkspartei gehen weiter. Dazu nimmt Dr. Heim in der Postauer „Donau-Zeitung“ jetzt persönlich das Wort. Sein Artikel „Der Wahrschein eine Gasse“ bedeutet nichts anderes als eine Klage in die Öffentlichkeit, nachdem seine scharfe Kritik auf dem hinter verschlossenen Türen abgehaltenen Parteitag der Bayerischen Volkspartei abgelehnt worden ist. Heim erklärt, daß die Methode des Regimes bald darin besteht, sich gegenseitig Kompromisse zu machen, Wohlverhalten zu attestieren und Vertrauensumgebungen durch Liebediener zu organisieren. Wörtlich schreibt er weiter:

„Ich kam auf den ersten Parteitag nach den Wahlen in der Überzeugung, daß sein wesentlicher Inhalt die Selbstbestimmung und die Selbstbestimmung hieraus sein würden. In einer Selbstbestimmung hat doch eine Partei, die über 100 000 Stimmen verloren hat, wie ich glaube, alle Verantwortung, und gerade dafür ist doch ein Parteitag der geborene Ort. Ich wartete vergeblich. Ich hörte wohl gegenseitige Wohlwollensäußerungen, gegenseitige Liebeserklärungen, Vorbeeren auf Vorwärts, aber kein Wort der Selbstbestimmung und Einsicht. Ich sage es offen: Ein wahrer Elend erlebte ich. Ich habe dann das getan, was andere unterlassen haben, aber das war erstens die Reaktion auf das Vorhergegangene, zweitens war ich das Echo von Tausenden. Während der Wahlzeit sind Briefe ähnlichen Inhalts auf mich herabgeregnet, Klagen der Besien unierer Parteifreunde, die immer wieder an mich sich wenden mit der Frage: Kein Abgeordneter läßt sich seit Jahren bei uns sehen. Und ich soll nun nicht das Rechte haben, wenn ich sehe, wie eine Partei, die ich uns Leben gerufen habe, mißleitet wird, als Gründer der Partei, aus immerer Sorge heraus ein Wort der Kritik zu sprechen? Ist die Atmosphäre bereits so vergiftet und schwül? Wenn eine Partei keine Kritik verträgt, ist etwas fernfaul.“

In diese Vorlesungen hinein stürzt Dr. Heim ganz Abscheu seiner Parteifreunde, in welcher den Abgeordneten und den Ministern vorgeworfen wird, daß sie vor letzter Repräsentanz und anderen Dingen die Partei vernachlässigen, was unbedingt zur politischen Katastrophe für die Bayerische Volkspartei führen müsse.

Verfrühte Silberfiskung.

Kommunistischer Vernichtungs-Kampf gegen den Parlamentarismus.

In ihrem grundsätzlichen, leninistischen, antiparlamentarischen Kampf gegen den Parlamentarismus haben die Kommunisten einen gewaltigen Sieg errungen: Sie haben unter Ausnutzung der Geschichtsordnung den Preussischen Landtag gezwungen, zwischen Weihnachten und Neujahr, nämlich am 28. Dezember, 1 Uhr, zu einer Sitzung zusammenzutreten.

Erreicht haben sie dies, indem sie am 19. Dezember, und zwar fünf Minuten bevor der Landtag in die Weihnachtsferien ging, noch rechtzeitig einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Braun einbrachten. Es hätte zwar nichts die Kommunisten verhindert, diesen Antrag schon ein paar Tage früher zu stellen, dann wäre er noch im Anschluß an die Logung vor Weihnachten erledigt worden. Aber eben das wollten die Kommunisten nicht. Sie wollten den Landtag ihre ganze antiparlamentarische Unerschrockenheit spüren lassen und vornehmlich während auch dem Landtag parlamentarisch den Weihnachtsurlaub verwehren. Deshalb kamen sie mit ihrem Antrag erst in allerletzter Minute. Nach der Geschäftsordnung müssen Mißtrauensanträge innerhalb von 14 Tagen zur Erledigung kommen. Deshalb findet am Freitag die 14. Sitzung des kommunistischen Antrags — wahrscheinlich vor letztem Neujahr — und am Mittwoch, dem 2. Januar um 19 Uhr (!) die parlamentarische Abstimmung über ihn statt.

In die Annahme des kommunistischen Mißtrauensantrags — des fundamentalen in dieser Parlamentarismus — glaubt natürlich kein Mensch. Aber darauf kommt es den Kommunisten nicht an. Sie haben den Landtag gezwungen, die beschleunigten Weihnachtsferien zu durchbrechen, was besonders für die fern von Berlin wohnenden Abgeordneten kein Vergnügen ist, die zu jedem Sitzungstag noch ein bis zwei Reisetage rechnen müssen. Wahrscheinlich merkt es den kommunistischen Vorständen gegen den Parlamentarismus kaum noch an, mit welchem Eifer sie jedesmal für — Diätenverhöhung eingetreten sind!

Deutschnationale Kreditwirtschaft.

Der Fall der Schlesienschen Landwirtschaftsbank.

Die Schlesiensche Landwirtschaftsbank in Breslau, das Hauptinstitut der schlesischen Großgrundbesitzer, ist in einen Prozeß der Firma Molinari verwickelt, der das finanzielle Schicksal dieses Instituts im besonderen Maße erschweren läßt. Die „Börsliche Zeitung“ berichtet darüber:

Die Schlesiensche Landwirtschaftsbank hat seit dem Jahre 1924 durch außersich ihrer eigentlichen Aufgaben Besondere Geschäfte Verluste erlitten, die man auf sechs bis sieben Millionen Schilling schätzen kann. Sie hat versucht, einen Teil dieser Verluste durch eine Umlage bei der Landwirtschaft zu decken. Da aber wachsende Kräfte der schlesischen Landwirtschaft im Falle eines Zwangs zur Umlage drohten, die leitenden Persönlichkeiten der Landwirtschaftsgesellschaft zu machen, wurde diese Umlage wieder fallen gelassen. Dafür hat die Schlesiensche Landwirtschaftsbank im Jahre 1925 einen Kredit bei der Kur- und Neumärkischen Kreditbank einen Kredit in Höhe von vier Millionen aufgenommen, der heute fällig ist, verzinst werden muß und nicht dazu beiträgt, eine Erhöhung der sehr hohen Zinsen der Landwirtschaftsbank überhaupt nur in Aussicht zu nehmen.

Wie ist es zu diesen schweren Verlusten gekommen? Bei dem Zusammenbruch der Breslauer Kolonialwarenhandelsfirma A. K. Molinari u. Söhne schloß die Schlesiensche Landwirtschaftsbank mit einem Verlust von reichlich drei Millionen an. Sie hatte der Firma einen Kredit in Höhe von vier Millionen gegeben. Die Bank hatte, obwohl es offensichtlich um Molinari sehr schlecht stand, immer weiter Geld hineingepumpt. Selbstverständlich wurden Verfahren gegen Molinari hauptsächlich um Wechselzahlungen und ähnliche betrügerische Handlungen. Bei der Landwirtschaftsbank sind etwa 1,8 Millionen Molinari-Wechsel beizugehalten worden, von denen waren 1,6 Millionen nicht realisierbare geworden. Die Direktion hielt es aber überhaupt nicht für Bedenken, die Molinari-Wechsel zu halten, sondern sie zu verkaufen. Als ein Beamter der Direktion von seinen Beobachtungen Mitteilung machte, erhielt er von Molinari die Antwort: „Geldliche Wechsel sind immer noch besser als gar keine.“ Die Direktion hielt es nie für notwendig, Rückfälle über die Molinari-Wechsel zu machen, auch als der Wechselkurs bereits in einer Höhe von einer Million lag.

Die hauernden Geschäftsvorfälle der Firma Molinari, die mit dem Zusammenbruch gar nichts zu tun hatte, spannten die Bilanz der Bank

Weihnachts-Matschwetter.



Pföhliger Witterungsumschlag verwandelte das Skige'ände der Außenpolitik in schlüpfrigen Matsch. Auf rasches und glattes Dahingeleiten mußte verzichtet werden.

Attentatsprozeß in Warschau.

Wegen des Anschlags auf den Sowjetagenten.

Warschau, 27. Dezember.

Morgen beginnt der Prozeß gegen Wojciechowski, der seinerzeit das Attentat gegen Sikorski, Handelsrat bei der Sowjethandelsvertretung in Warschau, unternahm. Die Anklage lautet auf Mordversuch gegen eine Amtsperson bei Ausübung ihrer Amtsfunktionen, worauf Todesstrafe steht. Unter den Zeugen ist auch der Ostabteilungschef im Außenministerium, früherer sozialistischer Abg. Hofmiska.

Sozialisten gegen Jaleski.

Zum Rebeuall Jaleski-Siresemann in Lugana bewirkt der „Kobornik“, das Blatt der polnischen Sozialdemokraten: „Das Organ der Großgrundbesitzer wirft uns vor, daß wir die nationale Front durchbrechen, daß wir uns auf die Seite Siresemanns stellen, daß wir kein Wort der Kritik für die Tätigkeit des Volksbundes in Oberschlesien haben. Wenn in der Tat der Volksbund eine antipolnische Organisation ist, haben die polnischen Behörden doch genug Macht und Mittel, um eine solche Tätigkeit zu unterbinden. Aber es geht nicht, die deutsche Bevölkerung für den

Volksbund leiden zu lassen. Wenn die Schulverhältnisse in Oberschlesien wirklich so gut wären, dann würden doch zahlreiche Eltern nicht ihre Kinder aus den polnischen Schulen herausnehmen und sie in die deutschen Schulen schicken. Und die unaufhörlichen Klagen der deutschen Bevölkerung gegen den Bolschewiken Czajkowski beweisen doch, daß vieles, nicht nur im Schulwesen, sondern auch in der allgemeinen Verwaltung nicht so ist, wie es sein sollte. Uns geht es hier nicht um Herrn Siresemann oder um den Volksbund, sondern lediglich um das feindselige Zusammengehen der Polen mit den Rinderhellen.“

Neuer Justizminister.

Der Sejm hat Aufhebung des Regierungsbekreits über die Beilegung der Unabhängigkeit der Richter beschlossen, doch ist hierzu noch die Zustimmung des Senats nötig, und es ist wahrscheinlich, daß das Dekret zu Neujahr noch in Kraft tritt. Nun ist der Justizminister Reistromicz durch den Vizeminister Gar ersetzt worden, dessen Name in Polen mit besonderer Bedeutung — Jar ausgesprochen wird.

so weit an, daß sie sich genötigt sah, selbst nach weitaus flüssiger Geldern Ausschau zu halten. Schließlich kam ihr von der Deutschen Rentenbankkreditanstalt in Berlin Kredit zu. Da die Rentenbankkreditanstalt lediglich nur für landwirtschaftliche Zwecke Gelder hergeben darf, zeichnete der damalige Generaldirektor v. Seidlitz persönliche Geheimeitsakzepten über je 100 000 RM. und mehr, gab sie dem Generaldirektor v. Seidlitz in dessen Eigenschaft als Treuhänder der Rentenbank ins Depot. Der Treuhänder meldete die Herrinnahme der Akzepten der Rentenbank, und diese übernahm nun in der Annahme, daß es sich um rein landwirtschaftliche Wechsel handelte, ihren Gegenwert der Schlesienschen Landwirtschaftsbank. Vor diese Transaktion an sich schon nicht einwandfrei, so wird sie dadurch noch viel bedenklicher, daß sich der Generaldirektor v. Seidlitz für die Ausstellung dieser Geheimeitsakzepten besondere Provisionen zahlen ließ. Als in dieser Zeit — im Frühjahr 1925 — eine Revision aus Berlin angemeldet war, wurde die Buchhalterei angewiesen, das Kontoblatt des Generaldirektors v. Seidlitz, aus dem diese Provisionen zu ersehen waren, aus den Büchern herauszunehmen und neue Eintragungen vorzunehmen, bei denen das Wort „Provision“ durch den verschleierte Ausdruck „Auszahlung“ ersetzt wurde. Gleichzeitig erhielt das Kreditbureau Anweisung, die Akten des Herrn v. Seidlitz, in denen sich die Geschäftsaufgaben über die Provisionen befanden, für einige Zeit „bellis zu legen“.

Generaldirektor v. Seidlitz wurde im Jahre 1926 zum Rücktritt gezwungen. Aber auch die anderen Direktoren des Instituts sind nicht schuldlos an der unglücklichen Finanzwirtschaft des Instituts. Sie haben diesen Kurs weiter fortgesetzt. Das Institut hat nach dem Rücktritt v. Seidlitz weitere Verluste erlitten. Es ist anzunehmen, daß der Prozeß weitere Aufschlüsse bringen wird.

In der deutschnationalen Presse schweigt man noch möglichst von diesem Skandal, der in Kreisen spielt, die der deutschnationalen Partei nahestehen, während man eifrig mit dem Bergründerungslos noch finanziellen Fehlgriffen sozialdemokratischer Beamter sucht. Deutschnationale Politik — Deutschnationale Objektivität!

Mustapha reformiert.

Lateinische Schrift mit Klettenfolg eingeführt.

Istanbul, 27. Dezember.

In den drei letzten Monaten haben in allen Schulen mehrere hunderttausend Schüler, ferner alle Beamten und die ganze Armee die lateinischen Buchstaben lesen und schreiben gelernt. Die im ganzen Land für erwachsene Analphabeten eröffneten Staatsschulen haben allein in Istanbul 200 000 Besucher. Der Unterrichtsminister hat Vorkehrungen getroffen, um im kommenden Jahr die Unkennbarkeit von 400 000 Männern und Frauen zu sichern. Ein in lateinischen Lettern gedrucktes Buch wird in der Türkei zum erstenmal in einer Auflage von 200 000 Exemplaren hergestellt.

Mohammed stärker als Lenin.

Vergeblicher Kampf der KPR.

Moskau, 27. Dezember. (DR-Expres.)

In Moskau lagte Weihnachten eine Parteikonferenz der KPR, die sich mit der Frage der antireligiösen Propaganda befaßte. Die Berichterstatter mußtenzugeben, daß in Russisch-

Asien die Erfolge dieser Propaganda außerordentlich gering sind. Die mohammedanische Geistlichkeit besitzt immer noch einen so großen Einfluß, daß sie sogar Kommunisten und Drogenhändler der Partei zur Beteiligung an religiösen Prozessionen widerholt veranlassen konnte. In den Schulen der Mohammedaner gibt es kaum einen Kampf gegen die Religion. Im kaukasischen Bezirk Osetien wurden unter 124 Volksschullehrern 82 ehemalige zaristische Offiziere festgestellt, in Tschereffien sind 86 Proz. aller ehemaligen Mullahs, die den Unterricht ebenfalls nicht in religiös-gotteseindlichem Sinne erteilen. Auch in dieser Verlesung wurde wieder gefordert, daß die religiös-gotteseindliche Agitation plump und unfruchtbar, infolgedessen fruchtlos geführt werde.

Der in vielen Betrieben gegen die Ingenieure und Hochmeister ausgeübte Terror fordert immer neue Opfer. Dieser Tage wurde in Koston der Ingenieur Petrov von einem Arbeiter Rufomow nach einem Streit mit einer Eisenstange zu Boden geschlagen und lebensgefährlich verletzt. Der Ingenieur hatte Rufomow aus der Fabrik fortgewiesen, weil dieser stumm geblieben war. Die Sowjetblätter klagen, daß der Betriehrat sich in dieser Angelegenheit gänzlich gleichgültig verhalten hat.

Eisenbahnunglück in Mexiko.

New York, 27. Dezember.

Nach Meldungen aus Mexiko sind durch ein Eisenbahnunglück bei Ojamaja 19 Reisende sowie der Lokomotivführer und ein Mechaniker getötet worden. Unter den Getöteten befindet sich auch der Gouverneur der Provinz Chihuahua.

Anschlag auf die Santa-Fe-Bahn?

Sas-Bernadino (Kalifornien), 27. Dezember.

Auf der Santa-Fe-Bahn ereignete sich heute bei Hesperia ein schweres Unglück. Der Schnellzug Los Angeles-Chicago entgleiste an der genannten Stelle mit der Lokomotive und sieben Wagen. Einige der besetzten Wagen stürzten die 15 Fuß hohe Bahndämmung hinunter. Die Zahl der Verletzten schätzungsweise nur gering zu sein; es wurden bisher zwei Fahrgäste als schwerverletzt festgestellt. Nach Ansicht der Bahnbesitzer ist die Entgleisung des Expresszuges, der zur Zeit des Unglücks mit voller Geschwindigkeit fuhr, auf einen verbrocherten Kett zurückzuführen. Von ungeklärten Umständen ist, so erklärten die Bahnbesitzer, die Befestigung einer Schiene unternommen worden.

Feuer am Zoo.

Auf dem neben dem Hfa-Palast gelegenen Neubaugrundstück Hardendbergstraße 20 entstand gestern abend gegen 23 Uhr Feuer, das in kurzer Zeit größere Ausdehnung annahm. Die Feuerwehr erschien auf dem Alarm „Großfeuer“ mit vier Löschwagen an der Brandstätte. Durch hartes Wassergeben aus vier Schlauchleitungen gelang es, das Feuer nach einstündiger Löschfähigkeit niederzudämpfen. Der gesamte Straßenverkehr mußte gesperrt und durch die Seitenstraßen umgeleitet werden. Der Brand ist vermutlich durch Funkenflug aus Trenchöfen, die auf dem Bau in größerer Zahl aufgestellt sind, entstanden.

Der sächsische Hüttenchiedspruch.

Die Hüttenarbeiter fassen ihn als Brückung auf.

Im Januar dieses Jahres wurden die sächsischen Hüttenarbeiter ausgezerrt, weil sie es ablehnten, einen im Widerpruch zur Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 16. Juli 1927 stehenden Schiedspruch des sächsischen Schlichters vom 29. Dezember 1927 im vollen Ausmaß zu erfüllen. Nach etwa achtwöchiger Auszerrung kam es zu einer Vereinbarung zwischen den beiden Parteien, worin für die umstrittenen Abteilungen der Arbeit der Beginn am Sonntag abends 6 Uhr anstatt mittags 12 Uhr — wie es der Schiedspruch erforderte — festgelegt und die Arbeitszeit am Sonnabend von 9 auf 8 Stunden verkürzt wurde. Nach Wiederaufnahme der Arbeit wurde die Arbeitszeit für die Hilfs- und weiterverarbeitenden Abteilungen in direkter Verhandlung von 57 auf 48 bzw. 52 1/2 Stunden herabgesetzt. Diese Regelung hat sich für die sächsischen Hüttenbetriebe als durchaus tragbar erwiesen.

Da die entwerfende Arbeit weitere Verkürzung der Arbeitszeit erfordert und einige Bestimmungen des jeweiligen Abkommens nur bis November bzw. Ende Dezember 1928 Geltung hätten, kamen die Parteien auf Verlangen der Arbeiterschaft am 10. Dezember 1928 zur Verhandlung zusammen. Eine Verständigung konnte nicht erzielt werden, da die Unternehmer es ablehnten, weitere Verkürzungen zu bewilligen, ja selbst das seit dreiviertel Jahren angewandte Arbeitszeitabkommen belzubehalten. Man befürchtete nur einer solchen Verständigung ungünstige Auswirkung auf den Schiedspruch des Ministers Severing und rief nach Scheitern der Verhandlung den sächsischen Schlichter um baldigste Fortgangshilfe an.

Den neuen Richtlinien entsprechend, wurden die Parteien für den 14. Dezember 1928 zum Vor- oder Einigungsverfahren geladen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß durch das Auseinandergehen der Verhandlungstermine allein der Einigungswille nicht gefördert wird, so wurde er durch den Verlauf dieses Vorverfahrens erbracht. Aus der Passivität der Unternehmer war ersichtlich, daß sie auch hier keine Verständigung, sondern

die Fällung eines Spruches

wollten. Nach kurzer Dauer wurde daher vom Schlichter das Vorverfahren als gescheitert erklärt. Die Verhandlung vor der Schlichterkammer wurde auf Donnerstag, den 20. Dezember 1928, festgelegt. Dieser verhältnismäßig späte Termin wurde lediglich in der Erwartung gewählt — wie der Schlichter am 20. Dezember 1928 erklärte —, daß bis dahin der Schiedspruch des Ministers Severing für das Ruhrgebiet vorliegen würde. Severings Schiedspruch für Nordrhein sollte nach Ansicht des Schlichters der Spruchkammer als Richtschnur dienen.

Also nicht die Bedürfnisse der sächsischen Hüttenarbeiter, nicht die wirtschaftliche Lage der Hüttenindustrie sollten ausschlaggebend

sein, sondern Severings Spruch, obwohl es für alle Beteiligten klar war, daß auch der Minister nicht in so kurzer Frist einwandfrei das Ausmaß der für die Hüttenindustrie tragbaren Arbeitsbedingungen feststellen kann. Die Verhandlung wurde nach kurzer Dauer auf Sonnabend, den 22. Dezember 1928, vertagt, da inzwischen durch die Presse bekannt war, daß Severings Spruch bestimmt am 21. Dezember verkündet wird.

Am Sonnabend würdigte zunächst der Schlichter kurz den Severingschen Spruch. In Fortsetzung der Verhandlung machten die Vertreter der Hüttenarbeiter erneut einen Vermittlungsvorschlag, der aber von den Unternehmern wiederum als undiskutabel abgelehnt wurde. Sie erklärten, unbedingt an dem früheren Beginn der Sonntagsarbeit festhalten zu müssen. Hierauf unterbreitete der Schlichter den Parteien seinen bereits zu Beginn der Verhandlung angekündigten Vorschlag. Derselbe enthält in Punkt 1 bis 3 die selben Bestimmungen wie sein Schiedspruch vom 29. Dezember 1927, die von den Hüttenarbeitern als un-erträglich abgelehnt wurden und deshalb im Januar dieses Jahres zur Auszerrung führten. Alle Bemühungen auf Abänderung dieses Vorschlages scheiterten. Nachdem selbst ein Antrag, die seit dreiviertel Jahren bestehende Arbeitszeit durch Schiedspruch festzusetzen, keine Mehrheit fand, wurde der Vorschlag des Schlichters zum Schiedspruch erhoben.

Danach soll also für die Arbeiter der Thomaßhütte, Martindöfen, Gletiro- und Tiegelgußhütte am Sonntag anstatt einer Verkürzung

eine Verlängerung der Arbeitszeit

für die Arbeiter der Hammer- und Pechwerke und fallweise anderen Hüttenbetriebe eine Verlängerung der Sonnabendarbeiten um je eine Stunde und der zu letzteren gehörigen Hilfsbetriebe um anderthalb Stunden insofern eintreten, insofern die Hüttenbetriebe mit der bisherigen Arbeitszeitregelung keine ungünstigen Produktionsergebnisse erzielt haben.

Nach alledem ist dieser unsoziale und auch wirtschaftlich unverständliche Schiedspruch eine direkte Herausforderung der Hüttenarbeiter und hat allgemein starke Erbitterung und den geschlossenen Willen zur Abwehr der Verschlechterung hervorgerufen.

Wollen die Unternehmer den Kampf, so finden die sächsischen Hüttenarbeiter gerüstet!

Der neue Name des Bergarbeiterverbandes.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands nennt sich ab 1. Januar: Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands. Auch die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat eine Um-taufe erfahren in „Die Bergbau-Industrie“.

Ab 1. Januar wird die Internationale Transportarbeiter-Föderation (I.T.F.), die bisher eine Monatszeitung und alle 14 Tage einen Preisbericht, beides in vier Sprachen, herausgegeben hat, die Veröffentlichungen zu einem 3 mal monatlich erscheinenden, acht Seiten umfassenden Organ umgestaltet. Dieses neue Organ wird auch in spanischer Sprache erscheinen, so daß es französisch, deutsch, englisch, schwedisch und spanisch in die Welt hinausgeht. Zur Behandlung der beruflichen Angelegenheiten der Eisenbahner, Luftfahrer, Straßenbahner, Hafenarbeiter, Binnenschiffer, Kraftfahrer und Seelente wird jeder dieser Gruppen eine besondere Spalte und auch der Beihilfsprache Esperanto eine Rubrik gewidmet werden. Der jährliche Bezugspreis für das neue Organ beträgt 3 Gulden, für Mitglieder 1,50 Gulden.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Seit Freitag, 10. Uhr, laden die Gruppen: Hermannplatz; Jugendheim Sanberitz, 11. der Bahndammstr. Unter dem Bilde geschlossen. — **Seppelienabend:** Jugendheim des Fräuleins Hedding, Luciner der Seppelien (Gingung Lärner Str.). Drittes Jahresfest. — **Wochen:** Jugendheim, Schul-Gartenstr. 20. Ein Abend unter der Leitung 1928. — **Wochen:** Jugendheim, Baumgärtchenweg, Grützer, 16. Die beiden im neuen Jahr. — **Wochen:** Die Jugendzentrale ist heute wie üblich mit geöffneten von 17-19 Uhr geöffnet.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anestellten

Seit Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Paulus-Nachmittag:** Jugendheim Grützer, 14 (großes Zimmer). Vortrag: „Wir und die anderen Anstelltenverbände.“ Referent Otto Baum. — **Chorabend:** Jugendheim, Kaulen Str. 20. Vortrag: „Aus August Bebel's Leben.“ Referent Werner Döber. — **Schweiz:** Jugendheim, Weiß-Käse-Str. 7-10. Übung 14. Kurze Vorträge.

WEGEN DER

INVENTUR

SONNABEND, 29. DEZ. 1928, ERST

AB 2 UHR GEÖFFNET

N*JSRAEL

BERLIN C 2 • SPANDAUER STR. • KÖNIGSTR.

Beantwortlich für Politik: Dr. Carl Oskar; Wirtschaft: G. Stoppel; Gewerkschaftsberatung: J. Richter; Rechtswort: A. B. Böcher; Kultur und Sonstiges: Erik Kahlert; Anzeigen: E. Glöckl; Geschäftlich in Berlin: Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Berlag; und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin; Vertrieb: Hermann-Berlag; Berlin; 3. Auflage, „Stahlwerke“ und „Unterhaltung und Wissen“.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz
Preise für Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat.
Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Wein, Sekt, Spirituosen, Punsch-Extrakt

Preise für 1/2 Flasche ohne Glas	
Frankfurter Apfelwein „Reckles Urquell“	0.70
Feiner Frühwein roter Johannisbeere- u. Stachelbeere, Cyder	0.90
1927 Wolfsteiner guter Tisch- und Bowlenwein	1.10
1927 Grünslädler Röhl süßiger Tischwein	1.40
1927 Wellener Riesling guter Bowlenmosel	1.40
1927 Mandeler Rosengarten blumig. Nahewein	1.60
1925 Liebraumlich rote Kapsel besetzt oder Damenwein würziger Saarcharakter	2.25
1927 Oberemmer Rosenberg	2.30
1926 Rüdeshheimer Berg ilvlicher Rheingauer	2.50
1921 Niersleiner Domtal braune Kapsel, mit kleiner Süße	3.00
1923 Saulernes feinstes, weißer Bordeaux	2.85
1926 Haut Saulernes „Chäl. Plegmaile“ als und sehr bewachtend	3.75
San Antonio milder Rotwein	1.10
Domaine St. Coloma lieb., spanischer Rotwein	1.25
1926 San Justo span. Rotwein, burgunderähnlich	1.50
1922 Chäl. La Grole süßiger Bordeaux	1.65
1923 Beaujolais-Fleurie gehaltvoller Burgunder	1.70

1921 Meissenheimer Michelsberg rheinischer Rotwein	1.70
1921 Chäl. La Lagune-Goupy saure	2.10
1922 Chäl. Pichon-Longueville fein entwickelt	2.70
1921 Mercurey „Clos du Roi“ schwerer Burgunder	3.00

Castillo Romero feinstes, Saarländisches ähnlich	1.60
Roler Dessertwein kräftiger, süßer Rotwein	
Gold-Malaga und griechischer Muskat	

Portwein „Medium Tawny“ Sherry „Imperator“	3.00
--	------

Vom Faß, Preis per Liter	
Johannisbeerwein extraktlos	0.95
Spanischer Tafelrotwein sehr mild	1.25
Tarragona Spezial als und kräftig	1.25
Malaga-Dunkel u. Muskateiler	1.70
Douro-Portwein sehr kräftig	2.25
Jamaika-Rum-Verschnitt 40 Vol.-%	4.00
Deutscher Weinbrand „Kronen“, mild	4.00

Spirituosen	
Jamaika-Rum-Verschnitt 40 Vol.-%	4.40
Jamaika-Rum auf Trinkstärke gemischt, 45 Vol.-%	7.80
Balavia-Arrak-Verschnitt 40 Vol.-%	5.20
Weinbrand-Verschnitt „Extra“	3.20
Deutscher Weinbrand „Goldstück“	4.50
Deutscher Weinbrand A. Desclieux	5.20
Französ. Weinbrand in Deutschland fertiggestellt, 1. Densität-Messung	7.00
Rum-Arrak u. Schweden-Punsch 1/2 Pl.	2.35 4.30
Burgunder-Punsch-Essenz 1/2 Pl.	2.45 4.50
Düsseldorfer Burgunder-Punsch 1/2 Pl.	3.50 6.50
Düsseldorfer Rum-u. Arrak-Punsch 1/2 Pl.	4.25 8.00

Schaumwein einschleiflich Glas und Sekteleer	
Fruithauswein „Kornelgold“ und „Carte blanche“	1.40
Mosellodgold Moselsekt Flaschengröße	3.90
Spezial-Cuvée (Hausmarke) kleiner Tafelsekt, Flaschengröße	4.40
Bernkastler Saar-Riesling-Sekt	4.75
Deinhard „Kabinell“	6.50

Hasen gestreift und ausgeworfen
Pfund 1.20

Reh- u. Hirschwild billigst
Suppenhühner Pfd. von 95 Pl.
Poulets feine, Pfund 1.25 1.40
Fasane Stück von 3.25 an

Gänse
frische, Pfund 1.15 1.25 1.35
gefrorene 82, 90, 98 Pl.

Wurstwaren

Kol- u. Dampfurst	1.10	Leberwurst	1.25
Mettwurst	1.45	Jagdwurst	1.45
Leberwurst	1.25	Zervelat u. Salami	1.75
Mettwurst	1.45	Nußschinken	2.00

Frisches Fleisch

Rinderkamm u. Brust	Pfund 0.85	Schweineschinken	Pfund 1.15
Guerrippe Pfd.	0.75	Gulasch Pfd.	0.85
Schmorfleisch u. Roastbeef, m. Knochen	1.00	Kaßler, Speer u. Kamm	Pfund 1.20
Schmorfleisch ohne Knochen	Pfund 1.25	Rindertalg selbst ausgelassen	Pfund 0.60
Kalbskamm u. Brust	Pfund 0.80	Kalbschnitzel	Pfund 2.10
Kalbsnierebraten	Pfund 0.90	Prima Gefrierfleisch	
Kalbskeule ganz und befeilt	Pfund 1.00	Suppenfleisch	Pfund 0.65
Schweinerücken mit Beilage	Pfund 1.05	Rinderkamm u. Brust	Pfund 0.70
Schweinekamm u. Blatt, mit Bdg.	Pfd. 1.10		

Obst	Räucherwaren	Kaffee	Konserven
Kochbirnen	Fellbucklinge 42	nach geordnet, eigene Mästerer	Jg. Erbsen mittelgroß
Eß- u. Kochäpfel	Spollen 42	Konsum-Misch. Pfd.	Junge Erbsen klein
Amerikaner	Kieler Bücklinge	Hausball-Misch.	Kaiserschoten
Kali. Tafeläpfel	Spickkäse	Sonder-Misch.	Jg. Brechbohnen

Lebende Karpfen
Pfund von 95 Pl. an

Dorsche Pfund 20 Pl. 28 Pl.
Grüne Heringe 5 Pfund 72 Pl.
Zander ge-roren Pfund 60 Pl.
Lachs ganze Fische Pfund 1.95

Abt. Frische Blumen
nur Leipziger Straße
Neujahrs-Spenden

Pflaumen	65 Pl.
Mirabellen	1.00
Ananas sauer, 1 Stück	1.05
Kirschen sauer od. süß	1.05
Reineclauden	1.25